

ALEXANDER FISCHER

DER WEG ZUR GLEICHSCHALTUNG DER  
SOWJETZONALEN GESCHICHTSWISSENSCHAFT

1945–1949

Seit in der „Deutschen Demokratischen Republik“ Geschichte mit politischer Propaganda gleichgesetzt wird und Geschichtswissenschaft, „ihrer Zentralidee, der objektiven Wahrheitssuche, beraubt, . . . zum apologetischen Exerzierfeld marxistischer Fortschrittsgläubigkeit degradiert“<sup>1</sup> ist, gefallen sich die sowjetdeutschen Marxisten darin, ihre Ursprünge mit „der antifaschistisch-demokratischen Revolution im Osten Deutschlands“ zusammenfallen zu lassen. Ihre Behauptung, die Geschichtswissenschaft habe „innerhalb dieser Revolution des Bewußtseins eine vorrangige Rolle“<sup>2</sup> gespielt, entspricht indessen nicht den Tatsachen und das für den zu untersuchenden Zeitraum üblich gewordene Schlagwort vom „Bündnis zwischen Kommunisten und bürgerlichen Antifaschisten“<sup>3</sup> in der Fachschaft Geschichte bedarf erheblicher Revision.

Diese dem marxistisch-leninistischen Schema von der deutschen Geschichte entlehnte Formel verwischt das Bild des spontan nach Kriegsende entflammenden Antifaschismus und überspielt „die grundlegenden Veränderungen der sozialen Struktur und des geistigen Gesichtes Deutschlands nach mehr als zwölf Jahren Nazi-herrschaft, Krieg, Eroberung und Zusammenbruch“<sup>4</sup>. Es entspricht dieser simplifizierenden Sicht, wenn von sogenannten bürgerlichen Wissenschaftlern geleistete Aufbauarbeit herabgesetzt und durchaus hoffnungsvolle Ansätze einer originell-marxistischen Geschichtswissenschaft mit Schweigen übergangen werden. Nicht zuletzt ist wohl eine Trübung des Blickes für jenen Würgegriff sowjetmarxistischer Parteilichkeit beabsichtigt, der vornehmlich seit der Verschärfung der politischen Situation um Deutschland im Jahre 1948 schließlich jeder freien wissenschaftlichen Betätigung den Garaus machte. Zudem verschweigt man verschämt, daß in allen Besatzungszonen, auch in der sowjetischen, anfangs die Okkupationsmächte über die Kultur- und Hochschulpolitik bestimmten, um ihre durchaus nicht einheitlichen Umerziehungsvorstellungen zu erproben.

In der sowjetischen Besatzungszone ließ sich mit dem Ausbau der deutschen Verwaltung zunächst vor allem eine Förderung der angewandten, zur Durchführung der Wirtschaftspläne notwendigen und nützlichen Wissenschaftszweige beobach-

<sup>1</sup> Willi Alfred Boelcke, Die Gutsherrschaft in der mitteldeutschen Agrargeschichtsschreibung, in: Zur ostdeutschen Agrargeschichte. Ein Kolloquium. Würzburg 1960, S. 59.

<sup>2</sup> Ernst Engelberg/Rolf Rudolph, Zur Geschichtswissenschaft der Deutschen Demokratischen Republik, in: Historische Forschungen in der DDR. Analysen und Berichte. Zum XI. Internationalen Historikerkongreß in Stockholm August 1960 (Sonderheft des 8. Jg. der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ [ZfG]), Berlin-[Ost] 1960, S. 10.

<sup>3</sup> So Gerhard Schrot, Zur Entwicklung der marxistischen Geschichtswissenschaft an der Karl-Marx-Universität Leipzig, in: ZfG, 7. Jg. (1959), S. 1665. Vgl. auch Engelberg/Rudolph, a. a. O., S. 10f.

<sup>4</sup> Alfred Kantorowicz, Vom moralischen Gewinn der Niederlage, Berlin[-Ost] 1949, S. 10.

ten<sup>5</sup>. Geschichte wurde erst nach und nach zur Grundwissenschaft, ihre „methodische und organisatorische Formung“, nicht zuletzt abhängig von der Ausbildung der notwendigen Fachkader, war „kein einmaliger Akt, sondern ein in die allgemeine Entwicklung eingebetteter Prozeß“<sup>6</sup>.

Als sich in der zweiten Hälfte des vom totalen Zusammenbruch gezeichneten Jahres 1945 wieder Leben an den Universitäten Mitteldeutschlands zu regen begann, standen „Aufräumarbeiten im eigentlichen und im übertragenen Wort-sinn“<sup>7</sup> im Mittelpunkt der Bemühungen um einen Neubeginn. Sie waren für eine von Krieg und Entbehrung, Anklage und Schuld gezeichnete Generation von Dozenten und Studenten Anlaß, den Grundstein für eine geistige Bewältigung der soeben überwundenen Vergangenheit zu legen. In einer Zeit äußerster Armut und Verwüstung, geistiger und materieller Demontage seitens der Besatzungsmächte war als Reichtum allein die Macht des Geistes geblieben. Ein neues Deutschland galt es zu errichten, ein „Deutschland des wirklichen Friedens, der ehrlichen Arbeit, der sozialen Ordnung und der echten, wahren Menschlichkeit“. Dazu schien wissenschaftliche Arbeit „notwendig“ in des Wortes wahrster Bedeutung: Man vertraute darauf, „daß die Wissenschaft Not wenden kann“. Beschwörende Worte richteten sich an die Studenten des ersten „Friedenssemesters“, gewonnen aus den bitteren Erfahrungen der totalitären Überfremdung durch das „Dritte Reich“: „... Wir können Ihnen nur die Augen öffnen, Sie zu kritikvoller Arbeit anleiten, zum eigenen Suchen und Finden der Wahrheit. Es gehört einem nichts, was man sich nicht selbst erwirbt... So mögen Sie verlernen, blind zu gehorchen, und mögen lernen, zu erkennen“<sup>8</sup>. In diesen Worten des Rektors der Universität Rostock, deren Anliegen für alle Besatzungszonen Gültigkeit besaß, kündigte sich eine Phase kultureller und wissenschaftlicher Entfaltung an, deren antifaschistisches Fundament eine Überbrückung weltanschaulicher Gegensätze zu ermöglichen schien. Die Hoffnung auf eine solidarische Zusammenarbeit mit den aus innerer und äußerer, östlicher wie westlicher, Emigration zurückkehrenden Wissenschaftlern spornte die deutschen Gelehrten in ihrem redlichen Streben an, den internationalen Ruf der deutschen Wissenschaft wiederherzustellen und sich den Zeichen der Zeit gegenüber aufgeschlossen zu verhalten.

Auch die vom Goebbelsschen Dirigismus befreiten Institutionen der öffentlichen

<sup>5</sup> Vgl. etwa Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der SED, 20. bis 24. Sept. 1947 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin, Berlin 1947, S. 228.

<sup>6</sup> Albrecht Timm, *Das Fach Geschichte in Forschung und Lehre in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945*, Bonn-Berlin 1961 (Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland), S. 6.

<sup>7</sup> Erhard Hübener, *Die Wiedereröffnung der Universität am 1. Februar 1946*, in: *450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Bd. III (Halle-Wittenberg 1945-1952), Halle 1952, S. 1.

<sup>8</sup> *Auf neuen Wegen*, in: *Forum. Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen*, 1. Jg. (1947), S. 5. Es handelt sich bei den zitierten Ausführungen um Auszüge aus der Ansprache des Rektors der Universität Rostock, Prof. Dr. Rienäcker, anlässlich der Wiedereröffnung dieser Hochschule im Jahre 1946.

Meinungsbildung traten nun wieder stärker in Erscheinung. Fiel ihnen doch die nicht leichte Aufgabe zu, die Entmythologisierung des Nationalsozialismus nach Kräften zu fördern und dem mehr oder minder intensiven Umerziehungsprozeß in allen Volksteilen Echo zu verschaffen. Die verantwortungsvolle Publizistik wich auch den angesichts der deutschen Katastrophe brennenden Problemen soeben erlebter und erlittener Geschichte nicht aus. Die von dem Sozialdemokraten Max Fechner gestellte Frage „Wie konnte es geschehen?“<sup>9</sup> erfaßte am ehesten das Verlangen weiter Bevölkerungskreise nach Aufklärung der noch sichtbaren Folgen des Unheils. So ist es nicht verwunderlich, daß die ganz auf praktische Bedürfnisse zugeschnittene Schrift große Verbreitung fand<sup>10</sup>. Fechners Versuch, nur schwach von Marxismus durchmustert, ließ erkennen, daß der Autor in den Jahren des Nationalsozialismus „dem Volk aufs Maul geschaut“ hatte und um die Kunst wußte, der jahrelangen Propaganda eines totalitären Staates wirkungsvoll zu begegnen. Es wäre freilich verfehlt, Fechner schon in die Ahnengalerie marxistisch-leninistischer Geschichtsschreibung einordnen zu wollen. Sein Büchlein vermag nur ein Symptom für das auch in der Sowjetzone lebendige Bemühen zu sein, mit der unmittlbareren Vergangenheit fertigzuwerden, und gehört damit in die gleiche Kategorie wie zahlreiche kleinere Aufsätze zur nationalsozialistischen Ideologie<sup>11</sup> oder Erik Regers Roman „Union der festen Hand“<sup>12</sup>.

Diese Nachkriegssituation deutschen Geisteslebens schien auch in den Erklärungen der Sowjetischen Militär-Administration (SMA) zu kulturellen Problemen respektiert zu werden und in den Programmen der noch im Laufe des Jahres 1945 in der sowjetischen Besatzungszone ins Leben gerufenen politischen Parteien Resonanz zu finden. Noch war nichts davon zu spüren, daß etwa die dem Gesinnungsterror und der Reglementierung des Nationalsozialismus entronnenen mitteldeutschen Hochschulen neuen Belastungen dieser Art ausgesetzt sein könnten. Vielmehr

<sup>9</sup> So der Titel einer Schrift, die anhand fingierter „Auszüge aus den Tagebüchern und Bekenntnissen eines Kriegsverbrechers“ den „Ablauf der verhängnisvollen Zeit deutscher Geschichte“ zeigen will, „wie sie hinter dem Vorhang von Lüge und Propaganda von einer Schar ehrgeiziger Gewaltpolitiker im Auftrage des Großkapitals und Militarismus gemacht wurde“ (Max Fechner, *Wie konnte es geschehen?* Berlin o. J. [1945]).

<sup>10</sup> Sie lag 1946 in 4. Auflage in 400 000 Exemplaren vor. – Über das Echo der sowjetischen Verlagsproduktion im Westen Deutschlands vgl. *Die Gegenwart*, 3. Jg., Nr. 1/2 v. 5. Jan. 1948, S. 24f.

<sup>11</sup> So etwa Ernst Niekisch, *Im Vorraum des Faschismus*, in: *Aufbau*, 2. Jg. (1946), S. 122 bis 137; Willy Huhn, *Militaristischer Sozialismus. Ein Beitrag zur Enthüllung der nationalsozialistischen Ideologie*, in: *Aufbau*, a. a. O., S. 368–381.

<sup>12</sup> Regers Werk ist die im sowjetisch lizenzierten Berliner Aufbau-Verlag 1945 erschienene Neuauflage der Ausgabe von 1931. Seine stark sozialkritische Grundtendenz wurde in ihrer Bedeutung für die sowjetischen Kulturfunktionäre jedoch bald dadurch herabgemindert, daß der Autor als Herausgeber der Berliner Zeitung „Der Tagesspiegel“ in ihren Augen „die Konsequenz seines Buches nicht zog“. – Von Interesse in unserem Zusammenhang ist die Besprechung des Werkes durch Wolfgang Harich im „Aufbau“, die er mit einer massiven Kritik an der Haltung der deutschen Arbeiterklasse in der Weimarer Republik verband. Vgl. W. Harich, *Union der festen Hand. Einsicht und Konsequenz*, in: *Aufbau*, 2. Jg. (1946), S. 808–827.

faßte der Altkommunist Paul Wandel, seit Juni 1945 Präsident der von den Sowjetbehörden geschaffenen „Zentralverwaltung für Volksbildung“, den Neubeginn in die hoffnungsvollen Worte:

„... An der geistigen Pforte der neu erstehenden deutschen Kultur steht leuchtender als jemals die Idee der Humanität, der Freiheit und des Fortschritts. Der wissenschaftliche und schöpferische Mensch, der herangebildet werden soll, sei ein charaktvoller, mutiger Streiter für Recht, Wahrheit und Demokratie. Der jahrhundertealte Traum, nationale Größe auf die schöpferische Arbeit und das demokratische Selbstbewußtsein eines einigen Volkes zu stützen, eines Volkes, das nicht williger Amboß ist, sondern das mit fester Hand sein Schicksal selbst gestaltet, gehe in Erfüllung<sup>12</sup>.“

Freilich war dem prominenten Mitglied der KPD-Emigration in der Sowjetunion und zeitweiligen persönlichen Sekretär Wilhelm Piecks bewußt die Leitung der Hochschulpolitik in der sowjetischen Besatzungszone übertragen worden<sup>14</sup>. In musterhafter Verbindung von Theorie und Praxis statuierte die KPD bzw. die SED im Verein mit den sowjetischen Besatzungsbehörden das Exempel einer „proletarisch gelenkten bürgerlichen Revolution“ auf dem Hochschulsektor, umkleidet mit den Forderungen nach „Brechung des Bildungsmonopols“ und „Erneuerung des geistigen Inhalts der Universitätslehre“ im Sinne eines „wahrhaft fortschrittlichen Humanismus“ und einer „kämpferischen Demokratie“<sup>15</sup>. Dem in der Praxis peinlich spürbaren Mangel an Führungskadern kam in der Theorie die Konzeption von der nachzuholenden „demokratischen Revolution“ entgegen. „Reglementierte und kontrollierte ‚Freiheit‘ [sollte] nur geduldet werden . . . , bis die wichtigsten Gleichschaltungsoperationen unter Dach und Fach waren.“<sup>16</sup>

Vermöge dieser Hilfskonstruktion konnte sich in der SBZ, die schon bei der Lizenzierung politischer Parteien den westlichen Zonen weit voraus war, ein reges kulturelles Leben entfalten. Vielerlei Probleme drängten sich zur Diskussion über den „moralischen Gewinn der Niederlage“ auf: die Rückschau auf Tod und Zerstörung, die Gegenwart in Not und Ruinen, der Ausblick auf Leben, Frieden und Aufbau. Jedoch wurde die der wissenschaftlichen Forschung und dem künstlerischen Schaffen zugesicherte „unbedingte Freiheit“ nicht bedingungslos gewährt. Wilhelm Pieck, der Vorsitzende der KPD, knüpfte an dieses Versprechen

<sup>12</sup> Paul Wandel, *Das neue Hochschulstudium*, in: *Forum*, 1. Jg. (1947), S. 2.

<sup>14</sup> Vgl. hierzu Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln-Berlin 1957, S. 200 ff., 502.

<sup>15</sup> Zitiert nach M. G. Lange, *Wissenschaft im totalitären Staat. Die Wissenschaft der Sowjetischen Besatzungszone auf dem Weg zum „Stalinismus“*, Stuttgart-Düsseldorf 1955, S. 2 f. Vgl. dazu auch Marianne und Egon Erwin Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1953, S. 55 ff. Zur Kulturpolitik der KPD vgl. die Referate Wilhelm Piecks und Anton Ackermanns auf der „Kulturtagung“ der Partei 1946: W. Pieck/A. Ackermann, *Unsere kulturpolitische Sendung. Reden auf der Ersten Zentralen Kulturtagung der KPD vom 5. bis 5. Febr. 1946*, Berlin 1946, insbes. S. 5, 20 f. Die heute offiziell gültige Version gibt Walter Ulbricht, *Zur Geschichte der neuesten Zeit*, Berlin[-Ost] 1955, Bd. I, 1. Halbbd., S. 283 ff.

<sup>16</sup> M. G. Lange, *Totalitäre Erziehung. Das Erziehungswesen der Sowjetzone Deutschlands*, Stuttgart-Düsseldorf 1954, S. XVIII.

„eine einzige, selbstverständliche Bedingung“: daß nämlich diejenigen, die diese „Freiheit der Forschung, der Lehre und der Kunstbetätigung . . . genießen dürfen, keinen unserem Volke schädlichen Gebrauch davon machen und die Freiheit etwa dazu benutzen, den unter so unerhörten Leiden und Qualen, Kämpfen und Anstrengungen endlich ausgerotteten Faschismus wieder zu beleben und die Demokratie zu sabotieren“<sup>17</sup>. So fiel dem bereits im Juli 1945 gegründeten „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ eine mobilisierende und zugleich kontrollierende Rolle für jenen liberalen Kurs zu, der seinen Niederschlag in einer Vielzahl kulturpolitischer Zeitschriften ebenso fand wie in den Spalten der Tagespresse und in den Sendungen des Rundfunks<sup>18</sup>. Der Gründungsauftrag des „Kulturbundes“ ließ erste Richtlinien auch für die Geschichte und Geschichtswissenschaft erkennen:

„. . . Es geht darum, das deutsche Volk zu befreien von allem reaktionären Unrat seiner Geschichte, wie er sich am schmachvollsten in der Hitlerherrschaft konzentriert hat, und es geht darum, dem deutschen Volke aus seiner eigenen Geschichte und aus der Geschichte anderer Völker alle positiven Kräfte zuzuführen, die unser Volk als solches lebensfähig erhalten und es ein für allemal vor neuen imperialistischen Abenteuern zu bewahren imstande sind . . .“<sup>19</sup>.

In dem vom Antifaschismus als Integrationsfaktor beherrschten Zeitraum wurden auch die mitteldeutschen Universitäten wieder eröffnet<sup>20</sup>. Ihrem an alte Formen anknüpfenden akademischen Lehrbetrieb, mit einer zeitbedingten Akzentuierung der Vorlesung, kam zugute, daß er überwiegend von Gelehrten bestritten wurde, „die in den Hitlerjahren keine Konzessionen an den Ungeist der Zeit gemacht hatten und durch ihre wissenschaftlichen Leistungen internationale Geltung in ihren Fachgebieten besaßen“<sup>21</sup>. Daneben führte die soziale Umwälzung eine Reihe „fortschrittlicher“ Hochschullehrer an die Universitäten Mitteldeutschlands, die

<sup>17</sup> Fieck/Ackermann, a. a. O., S. 16f.

<sup>18</sup> Zur geistigen Situation der ersten Nachkriegsjahre in der sowjetischen Besatzungszone vgl. die Geschichte der Zeitschrift „Ost und West. Beiträge zu kulturellen und politischen Fragen der Zeit“, eindrucksvoll geschildert von ihrem Herausgeber: Alfred Kantorowicz, Deutsches Tagebuch. Erster Teil, München 1959, insbes. S. 357ff., 615ff.

<sup>19</sup> Manifest des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Berlin o. J. [1945], S. 8. Vgl. hierzu auch Heinz Willmann, Zwei Jahre Kulturbund. Ein Tätigkeitsbericht, Berlin 1947. – Jürgen v. Hehn (Die Sowjetisierung des Geschichtsbildes in Mitteldeutschland, Frankfurt/Main 1954, Sonderdruck aus „Europa-Archiv“, Folge 19 und 20 vom 5. und 20. Oktober 1954, S. 3) weist die „Beseitigung des Unrats in der deutschen Geschichte“ als einen „der deutschen Vergangenheit geltenden Vernichtungswillen“ nach (Beseitigung von Denkmälern, Schließung von Museen, Abtransport der Sammlungen durch die sowjetische Besatzungsmacht, Abbruch zahlreicher Guts- und Herrenhäuser, usw.).

<sup>20</sup> Als erste der mitteldeutschen Universitäten öffnete Jena am 15. Okt. 1945 die Pforten, am 20. Jan. 1946 folgte Berlin, des weiteren am 1., 5., 15. und 25. Febr. 1946 die Universitäten Halle-Wittenberg, Leipzig, Greifswald und Rostock (Müller, a. a. O., S. 35, jedoch sind die Angaben z. T. ungenau). Hierzu jetzt Chronik der Karl-Marx-Universität Leipzig 1945 bis 1959. Aus Anlaß der 550-Jahr-Feier . . . hrsg. von G. Handel und G. Schwendler, Leipzig 1959, S. 13ff., 17ff.

<sup>21</sup> Hübener, a. a. O., S. 1.

1933 aus politischen Gründen vom Dienst suspendiert worden und die Jahre des Hitler-Reiches in innerer und äußerer Emigration oder gar in Zuchthäusern und Konzentrationslagern zuzubringen gezwungen waren<sup>22</sup>. War solche Wiedereinsetzung in Amt und Würde des Hochschullehrers eine Wiedergutmachung geschehenen Unrechts, so deutete sich freilich in Eingriffen kommunistischer Behörden und Befehlen der SMA der Beginn eines langwierigen Prozesses an, der nicht zuletzt für den Bereich der Universität durch „die Zerstörung der geschichtlichen Tradition und des geschichtlich Gewordenen, die Zerstörung der Gleichheit des Rechtes und die Zerstörung des Begriffs der Wahrheit“<sup>23</sup> von einschneidender Bedeutung werden sollte.

Auch gelegentliche Äußerungen aus dem Kreis der „fortschrittlichen“ Wissenschaftler, erwachsen aus der Begegnung mit einer kritischen Studentengeneration, waren bar aller ideologischen Verbrämung und ließen keinen Zweifel daran aufkommen, daß die Weichen der SED-Kulturpolitik auf eine „kämpferische Demokratie“ besonderer Art gestellt waren. Eduard Erkes, der spätere Ordinarius für Sinologie an der Leipziger Universität, mochte seine bereits 1946 formulierte Forderung, die Auslese des Nachwuchses für die Lehrstühle „in Zukunft nach den drei praktisch zusammenfallenden Gesichtspunkten der wissenschaftlichen Qualifika-

<sup>22</sup> Vgl. hierzu die Angaben bei Lange, *Wissenschaft*, a. a. O., S. 8ff. Typische Züge für einen Vertreter dieser „fortschrittlichen“ Intelligenz weist der Lebensweg Alfred Meusels (1896–1960) auf: M., gutbürgerlichen Verhältnissen entstammend, nahm als Kriegsfreiwilliger am 1. Weltkrieg teil und geriet, im Sommer 1918 nach schwerer Verwundung aus dem Militärdienst entlassen, in Kiel in den Strudel der Revolutionswirren. Er schloß sich der USPD (1918–1922), später der SPD (1922–1925) an. Nach Abschluß seines Studiums der Volkswirtschaft, der Soziologie und der Geschichte 1922 zum Dr. rer. pol. promoviert, habilitierte er sich 1923, wurde 1925 außerordentlicher und 1930 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der TH Aachen. 1933 aus politischen Gründen entlassen und mehrmals inhaftiert, emigrierte er nach Dänemark und Großbritannien, trat dort 1937 der KPD bei und betätigte sich innerhalb der deutschen „antifaschistischen“ Emigration als Begründer und Direktor der „Freien Deutschen Hochschule“ in London. 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde ihm an der Berliner Universität eine Professur für „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ übertragen. Schon 1947 wurde er zum Professor mit Lehrstuhl für Neuere Geschichte ernannt und hatte nunmehr wesentlichen Einfluß auf die Ausbildung marxistischen Hochschulnachwuchses im Fach Geschichte. M. entfaltete eine rege politische Aktivität (1947–1950 Präsident der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ bzw. der „Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft“, seit 1950 Abgeordneter der sog. Volkskammer, dort längere Zeit Fraktionsvorsitzender des „Kulturbundes“) und übernahm 1952 das Direktorium des „Museums für Deutsche Geschichte“ (ehem. Zeughaus) in Berlin. Die Vollendung der im gleichen Jahr auf Vorschlag des ZK der SED begonnenen Ausarbeitung eines „Lehrbuchs für deutsche Geschichte“ erlebte Meusel, der die Leitung des „Autorenkollektivs“ hatte, nicht mehr. Der „Nationalpreisträger Genosse“ Prof. Dr. Alfred Meusel verstarb infolge eines Herzinfarkts am 10. Sept. 1960. Vgl. u. a. Der Lebensweg eines Gelehrten, in: *Forum*, 3. Jg. (1949), S. 340–343, und den Gedenkartikel anlässlich seines Ablebens in: *ZfG*, 8. Jg. (1960), Heft 7 (Beilage).

<sup>23</sup> Bernhard Schweitzer, *Die Universität Leipzig 1409–1959*, Tübingen 1960 (Tübinger Universitätsreden, Bd. 7), S. 22.

tion, der pädagogischen Befähigung und der antifaschistischen Weltanschauung“<sup>24</sup> zu treffen, noch im Geiste eines weitverbreiteten Antifaschismus erhoben haben. Das Eintreten des Sozialökonom *Jürgen Kuczynski* für „wissenschaftliche Propaganda“ an den Instituten der deutschen Universität und seine Ablehnung der „künstliche[n] Trennung von Wissenschaftler und Bürger, von Forscher und Mensch“<sup>25</sup>, trug aber bereits parteiliche Züge. Mit seiner Forderung, Altphilologe wie Historiker hätten in erster Linie „Propagandisten des Fortschritts“ zu sein, war, wenn auch nur vage, die Absicht angedeutet, „alle Anknüpfungsmöglichkeiten an die nationale Vergangenheit zu beseitigen“<sup>26</sup>.

In Veröffentlichungen aus Kreisen der SED zur Problematik „Marxismus und Forschung“ zeichnete sich inzwischen unverhüllt die Tendenz ab, die deutsche Intelligenz endlich unter der „Fahne des Fortschritts“ aus ihrem „politischen Analphabetentum“ herauszuführen: „Durch den Übergang der marxistischen Bewegung aus der Opposition zu der aufbauenden Tätigkeit in der Gesellschaft ist . . . die Möglichkeit gegeben – wie es ja in der Sowjetunion schon geschieht – die wissenschaftliche Forschung in die gewollte Richtung zu lenken.“ Es schien in der SED kein Zweifel daran zu sein, daß das nunmehr auch in Deutschland möglich sei. Als „brauchbares Mittel“ zur Lenkung wissenschaftlicher Forschung empfahl die „Einheit“, die „theoretische Monatschrift für Sozialismus“ des ZK der SED, „die Schaffung von Lehrstühlen für wissenschaftlichen Sozialismus“ an den mitteldeutschen Hochschulen mit unzweideutiger Zielsetzung: „Diese Lehrstühle sollen nicht nur die Aufgabe haben, marxistische Forschung zu betreiben, sie müssen vielmehr die Zentren der Forschung überhaupt sein. Sie müssen die Forschung aller übrigen Fakultäten . . . lenken“<sup>27</sup>.

Indem der Marxismus aus der sowjetisierten Theorie in die sowjetdeutsche Praxis übertragen wurde, mußten sich Geschichte und Geschichtswissenschaft einer besonders heftigen Konfrontation ausgesetzt sehen. Ist doch die Historie in besonderem Maße dazu angetan, zum Exerzierfeld totalitären Gedankengutes erniedrigt zu werden. Die geschichtsträchtige Propaganda des Nationalsozialismus hatte genug Unheil angerichtet, so daß es zu den größten Schwierigkeiten gehörte, auf dem Trümmerfeld des deutschen Geschichtsbildes mit ersten Aufräumungsarbeiten zu beginnen. So führte das gemeinsame Anliegen, Gutes pfleglich zu bewahren und Bestandteile, die der Prüfung nicht standhielten, auszumerzen<sup>28</sup>, zunächst sogar

<sup>24</sup> *Eduard Erkes*, Warum muß der Hochschullehrer Antifaschist sein?, in: *Aufbau*, 2. Jg. (1946), S. 903.

<sup>25</sup> Vgl. *Jürgen Kuczynski*, Soll der Universitätslehrer Propaganda treiben?, in: *Forum*, 1. Jg. (1947), S. 62.

<sup>26</sup> *Georg Stadtmüller*, Die sowjetische Umdeutung der deutschen Geschichte, in: *Sowjetstudien*, Nr. 3 (Juli 1957), S. 60. Vgl. hierzu *Erkes*, a. a. O., S. 902: „ . . . Reaktionäre, die uns in die Zeiten vor dem Dritten Reich zurückzuführen streben und uns dadurch dieses selbst wiederbringen würden, müssen ebenfalls so rücksichtslos von der Universität ausgeschlossen werden wie ehemalige Pgs . . .“.

<sup>27</sup> *L. Ratzel*, Marxismus und Forschung, in: *Einheit. Theoretische Zeitschrift für Sozialismus*, 1. Jg. (1946), S. 57 f.

<sup>28</sup> Vgl. *Hübener*, a. a. O., S. 7.

„bürgerliche“ und „fortschrittliche“ Historiker zusammen. Die tiefe Erschütterung der deutschen Katastrophe wirkte auch hier als Klammer für einen gemeinsamen Neubeginn und überdeckte die verschiedenen Zielsetzungen. Während es den verbliebenen „bürgerlichen“ Wissenschaftlern um den Anschluß an die Traditionen deutscher Geschichtsforschung vor der nationalsozialistischen Überfremdung ging, sahen sich die neuberufenen Historiker marxistischer Provenienz vor die Aufgabe gestellt, im Sinne der „Erneuerung des geistigen Inhalts der Universitätslehre“ eine „fortschrittliche“ Geschichtsschau an den mitteldeutschen Universitäten hof-fähig zu machen.

Es waren in der Mehrzahl „bürgerliche“ Kräfte, die sich nach der notdürftigen Ausbesserung der Kriegsschäden dem Lehrbetrieb zur Verfügung stellten<sup>29</sup>, der im Fach Geschichte freilich erst im Wintersemester 1946/47 aufgenommen werden konnte. Ihre Reihen, durch Krieg, Flucht und Zwangsentlassung stark gelichtet, wurden nur geringfügig durch Marxisten ergänzt<sup>30</sup>. Die schwache Ausgangsposition einer marxistischen Geschichtswissenschaft wird nur unzureichend verdeckt, wenn Ernst Engelberg unter Berufung auf ein in Wirklichkeit nicht existierendes Generationsproblem behauptet, „die Macht des Alten und der Alten . . . an den Uni-

<sup>29</sup> Ähnliches läßt sich etwa auch in Polen beobachten. Dort war „im allgemeinen . . . jedenfalls die Kontinuität zur Geschichtswissenschaft der Vorkriegszeit in personeller, institutioneller und ideologischer Hinsicht vollständig gewahrt . . .“ [Herbert Ludat, Die deutsch-polnische Vergangenheit in marxistischer Sicht, in: Zeitschrift für Ostforschung, 1. Jg. (1952), S. 91 f.]. Die polnische „bürgerliche“ Geschichtswissenschaft hatte freilich im Vergleich zur sowjetzonalen eine ungleich stärkere Position, so daß Versuche einer sowjetmarxistischen Überfremdung in den Jahren 1946 und 1948/49 kläglich scheiterten. Nennenswerte Einwirkungen der Sowjetforscher erfolgten in den ersten Nachkriegsjahren nicht, und „das entscheidende Merkmal der Sphäre, der Volkspolen nunmehr angehörte, die Übernahme der marxistischen Lehre und die Anwendung der Denkkategorien des historischen Materialismus, sucht man in den Arbeiten der polnischen Historiker jener Jahre bis 1949 vergeblich“ (Ludat, a. a. O., S. 92). Vgl. hierzu auch H. Ludat, Das sowjetische Geschichtsbild Polens, a. a. O., S. 371–387, insbes. S. 377 ff.; ders., Die polnische Wissenschaft im Sog Moskaus, in: Osteuropa, 2. Jg. (1952), S. 86–93, insbes. S. 89 ff.

<sup>30</sup> „ . . . Aus den Zuchthäusern, Konzentrationslagern und aus der Emigration kamen Kader, gering an der Zahl, doch mit großem Enthusiasmus, die an die Institute der Universitäten und Lehranstalten gingen, um das neue demokratische Geschichtsbild in den Rahmen der Grundaufgabe unserer Epoche hineinzustellen.“ So sieht dieser Vorgang im heutigen marxistisch-leninistischen Selbstverständnis aus (Engelberg/Rudolph, a. a. O., S. 11).

Bei den „fortschrittlichen“ Wissenschaftlern bzw. Funktionären handelte es sich um zurückkehrende Emigranten oder um Marxisten, die unter dem Hitlerregime in Deutschland gelebt hatten, wie z. B. Walter Markov. Aus westlicher Emigration kehrten Ernst Hoffmann, Heinz Kamnitzer, Leo Kofler, Jürgen Kuczynski, Alfred Meusel, Karl Obermann und Albert Schreiner zurück, aus der Sowjetunion Rudolf Lindau und Hanna Wolf, später auch Leo Stern. Hinzu kamen einzelne Wissenschaftler, die sich nach der Vertreibung aus den deutschen Ostgebieten oder der Aussiedlung aus den vom Hitlerregime okkupierten Staaten Ostmitteleuropas sehr bald in den Dienst des „Fortschritts“ stellten. Hierbei wurden bei entsprechender Ergebnisheit an den kommunistischen Antifaschismus sogar frühere enge Bindungen an die nationalsozialistische Wissenschaftsauffassung in Kauf genommen. Auf dem Gebiet der Geschichtswissenschaft ist hier der Osteuropa-Historiker Eduard Winter (früher Universität Prag, ab 1948 Prof. mit Lehrstuhl an der Universität Halle/S.) zu nennen.



versitäten [sei nach Kriegsende] noch stark“ gewesen<sup>31</sup>. In der Tat gab es genug Namen, die dafür bürgten, daß es an echter wissenschaftlicher Haltung in den historischen Instituten der mitteldeutschen Universitäten nicht fehlte<sup>32</sup>. Eine den Zeichen der Zeit entsprechende stärkere Berücksichtigung der ökonomischen Faktoren in der Geschichte<sup>33</sup> vollzog sich nicht unter dem Banner des Opportunismus, sondern durchaus in der begründeten Einsicht, „daß wir in ein Zeitalter eingetreten sind, in dem die Arbeiterklasse ihren politischen Führungsanspruch durchgesetzt hat“. Im übrigen blieb diese Einsicht nicht auf den mitteldeutschen Raum beschränkt; auch im Westen Deutschlands gewann Sozialgeschichte an Bedeutung. Die „bürgerliche“ Intelligenz brachte durchaus Verständnis dafür auf, daß die Arbeiterbewegung „ihren Erfolg in sichtbaren Formen der sozialen und politischen Ordnung auszugestalten“ sich anschickte. Die deutsche Universität sollte von dem Odium, Kristallisationspunkt der Reaktion zu sein, befreit werden. Zwischen „der zu politischer Selbstbestimmung sich befreienden Arbeiterschaft und den Männern der Wissenschaft“ schien der Weg zu einer „besondere[n] und zukunftsvolle[n] Solidarität“ gangbar<sup>34</sup>.

<sup>31</sup> Ernst Engelberg, Politik und Geschichtsschreibung. Die historische Stellung und Aufgabe der Geschichtswissenschaft der DDR, in: ZfG, 6. Jg. (1958), S. 489.

<sup>32</sup> Nach den Angaben der jeweiligen Vorlesungsverzeichnisse lehrten unmittelbar nach Wiedereröffnung der mitteldeutschen Universitäten folgende Wissenschaftler im Fach Geschichte:

Universität Berlin (Wintersemester 1946/47): die Professoren Friedrich Baethgen (Deutsche Geschichte), Karl Griewank (Neuere Geschichte), Fritz Hartung (Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte, Wirtschaftsgeschichte und Politik), Friedrich Meinecke (Geschichte), Eugen Meyer (Geschichtl. Hilfswissenschaften), Fritz Rörig (Mittlere und neuere Geschichte);

Universität Greifswald (Wintersemester 1946/47): Professor Adolf Hofmeister (Geschichte);

Universität Halle-Wittenberg (Sommersemester 1947): die Professoren Franz Altheim (Alte Geschichte), Hans Hausherr (Wirtschafts- und Sozialgeschichte), Martin Lintzel (Mittlere und neuere Geschichte);

Universität Jena (Sommersemester 1947): die Professoren Karl Griewank (Mittlere und neuere Geschichte), Hugo Preller (Auslandskunde und internat. Leben), Friedrich Schneider (Geschichte);

Universität Leipzig (Sommersemester 1947): die Professoren Rudolf Kötzschke (Sächsische Geschichte), Johannes Kühn (Neuere Geschichte), Wilhelm Schubart (Geschichte des Altertums), Otto Theodor Schulz (Hilfswissenschaften auf dem Gebiete der alten Geschichte), die Dozenten Karl Buchheim (Neuere Geschichte), Hermann Mau (Mittlere und neue Geschichte);

Universität Rostock (Wintersemester 1946/47): die Professoren Ernst Hohl (Alte Geschichte) und Heinrich Sproemberg (Mittlere und neuere Geschichte).

<sup>33</sup> Vgl. etwa Karl Griewank, Die Entstehung des modernen Klassenbegriffs, in: Urania. Monatschrift über Natur und Gesellschaft, 10. Jg. (1947), H. 4, S. 121–124. – Eine „häufigere Berücksichtigung wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Untersuchungen“ in den ersten Nachkriegsjahren läßt sich beispielsweise auch in der polnischen historischen Forschung feststellen. Vgl. Ludat, Die deutsch-polnische Vergangenheit in marxistischer Sicht, a. a. O., S. 92.

<sup>34</sup> Hans-Georg Gadamer, Universität in unserer Zeit. Der Leipziger Rektor über den gesellschaftlichen Auftrag der Wissenschaft, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 2. Jg., Nr. 11 v. 9. Mai 1947, S. 10f.

Dieser Standpunkt sah sich jedoch bald mit den kulturpolitischen Tendenzen in der Sowjetunion und damit im gesamten sowjetischen Machtbereich konfrontiert. Seit dem Jahre 1946 war unter Leitung des Leningrader Parteisekretärs Ždanov eine neue Welle der ideologischen Kriegführung im Gange: Unter dem Eindruck einer drohenden Infizierung durch westliches Gedankengut bildeten „Objektivismus“ und „Kosmopolitismus“ die zu bekämpfenden Abweichungen von der marxistisch-leninistischen Generallinie. Für den Historiker war damit der Standort genauestens umrissen, den Georg von Rauch dahingehend zusammenfaßt: „Die Geschichtswissenschaft ist bedingungslos in den Dienst von Partei und Staat gestellt. Der Historiker ist in erster Linie Propagandist. . . Das Streben nach Wahrheit der Erkenntnis ist gebunden an die Doktrin der Partei. . .“<sup>35</sup>.

Im mitteldeutschen Machtbereich vollzog sich der Einbruch des sowjetmarxistischen Doktrinarismus für die Universität im allgemeinen und für das Fach Geschichte im besonderen über die seit dem Wintersemester 1947/48 in den Studienbetrieb einbezogene „Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät“<sup>36</sup>. Seit der Wiedereröffnung der mitteldeutschen Hochschulen hatten kommunistische Funktionäre und marxistische Hochschullehrer vermittels „Pflichtvorlesungen für Hörer aller Fakultäten“ unter nichtssagenden Titeln wie „Die soziale Problematik der heutigen Zeit“ oder „Die historische Verwurzelung der gegenwärtigen Problemlage“ eine Einführung sowjetmarxistischer Denkkategorien versucht<sup>37</sup>. Nunmehr erfolgte eine

<sup>35</sup> Vgl. hierzu Georg v. Rauch, Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus, in: Europa-Archiv, 5. Jg. (1950), S. 3493.

<sup>36</sup> Eine „Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät“ existierte an der Universität Leipzig bereits im Sommersemester 1947 (vgl. Universität Leipzig, Personal- und Vorlesungs-Verzeichnis, Sommersemester 1947, S. 47), an den Universitäten Rostock und Jena wurde sie mit Beginn des Wintersemesters 1947/48 gegründet (vgl. Müller, a. a. O., S. 49f.). Grundlegend für die Einrichtung der „Gewifa“ war der Befehl Nr. 333 der SMA vom 2. Dez. 1946 (Chronik der Karl-Marx-Universität, a. a. O., S. 23). Vgl. Lothar Mosler, Zur Entwicklung und Arbeit des Franz-Mehring-Instituts, in: Karl-Marx-Universität, Leipzig 1409–1959. Beiträge zur Universitätsgeschichte, Leipzig 1959, Bd. II, S. 526f. Hierzu auch Gottfried Berger/Peter Krebs, In tyrannos. Die Sowjetisierung der Hochschulen, dargestellt am Beispiel der Universität Leipzig, in: PZ-Archiv. Aktuelle Sonderdrucke, hrsg. im Auftrage des Publizistischen Zentrums für die Einheit Deutschlands, Heft 4, o. O. [Bonn] 1951, S. 8.

Die Delegierten des 2. Parteitag der SED (20. bis 24. Sept. 1947 in Berlin) wurden durch Dr. Josef Naas (Berlin) auf die „fundamentale Tatsache“ aufmerksam gemacht, „wie sie die Bildung unserer gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten an unseren Universitäten, bereits realisiert in Leipzig, in der Entstehung begriffen in Jena, darstellt. . . In diesen Fakultäten vollzieht sich das, was in Zukunft auf unseren Universitäten dem dialektischen Materialismus die Basis abgeben wird, von der aus unser gesamtes geistiges Leben einer Veränderung unterzogen werden wird. . .“ (Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitag der SED, a. a. O., S. 227).

<sup>37</sup> Vgl. etwa Personal- und Vorlesungs-Verzeichnis für das Sommer-Semester 1947, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg in Halle (Saale), Halle 1947, S. 17. Als Lehrbeauftragte für „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ fungierten Dr. Robert Mengering und Dr. Georg Mende (heute Professor mit Lehrstuhl für Philosophie an der Universität Jena), Vorlesungen über „Marxismus“ hielt der Altkommunist (1920) Bernhard Koenen.

erste organisatorische Straffung der neuen Kräfte. Die Institutionalisierung der „Gewifa“ kam der Errichtung bolschewistischer Zellen gleich, deren Bestimmung es war, wie Manfred Hellmann aus leidvoller Erfahrung formuliert, „den Körper der ‚alten‘ Universitäten zu zersetzen und zu zerstören, die ‚alte‘ durch eine ‚fortschrittliche‘ Wissenschaft, den Marxismus-Leninismus, das Forschen nach Erkenntnis durch die Erlernung von Dogmen, die lebendige geistige Auseinandersetzung durch das Eintrichtern der von Moskau und seinen deutschen Statthaltern befohlenen Lehr- und Propagandasätze zu ersetzen“<sup>38</sup>. Die besondere Überwachung dieser Fakultäten durch die SMA, die Kulturreferate der SED und die Zentralverwaltung für Volksbildung in Berlin<sup>39</sup> ließ unschwer erkennen, daß es sich um Kadenschulen zur Ausbildung von Funktionären für Staat, Partei, Verwaltung, Justiz, Publizistik und Wissenschaft handelte. Für die historischen und philosophischen Institute der Universitäten, an denen Marxisten noch keinen nennenswerten Einfluß gewonnen hatten, stellte die „Gewifa“ eine Art Konkurrenzunternehmen dar. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß die auf der Grundlage sowjetischen Materials ohne wissenschaftlichen Ehrgeiz erarbeiteten Vorlesungen und Vorträge, verbunden mit hartnäckigen Wiederbelebungsversuchen an marxistischen Klassikern, wohl parteilicher Notwendigkeit entsprachen, einem Wissenschaftsverfall jedoch uneingeschränkten Vorschub leisteten. Dieser mußte sich gewiß einstellen, wenn es beispielsweise, einem Bericht des früheren Ordinarius für Philosophie an der TH Dresden, Rudolf Schottlaender, zufolge, vorkommen konnte, daß „man einen Mann mit einer Professur für theoretische Pädagogik [dem Lehrstuhl Theodor Litts in Leipzig] betraut, der sich nach Aufgabe seiner Dentistenpraxis zwar in das Studium der Bücher von Marx und Lenin, nicht aber in die verborgenen Gesetze hinter der scheinbaren Sprunghaftigkeit lebendiger Kinderseelen vertieft hat“<sup>40</sup>.

Während seitens der „fortschrittlichen Geschichtsbetrachtung“ noch um Mittel und Wege der Einflußnahme auf Universität und Studentenschaft gerungen wurde, war die „bürgerliche“ Historikerschaft darangegangen, auf ihre Weise zu einer Bewältigung der Vergangenheit beizutragen. In mühevoller Kleinarbeit, oftmals buchstäblich auf den Trümmern jahrzehntelanger Forschungen stehend<sup>41</sup>, schickte sie sich an, die unter der Belastung der nationalsozialistischen Auflagen zerrissenen Fäden neu zu knüpfen. Die unter den mißlichen Umständen wie Papierknappheit,

<sup>38</sup> Manfred Hellmann, „Gesellschaftswissenschaft“ in der politischen Realität. Erfahrungen eines ehemaligen Leipziger Assistenten, in: Deutsche Universitäts-Zeitung, 4. Jg., Nr. 24 v. 16. Dez. 1949, S. 11. Vgl. auch Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum, Jena 1958, Bd. I, S. 710.

<sup>39</sup> Vgl. Hellmann, a. a. O., S. 12.

<sup>40</sup> Rudolf Schottlaender, Ursachen des Wissenschaftsverfalls, in: Göttinger Universitäts-Zeitung, 4. Jg., Nr. 16 vom 19. Aug. 1949, S. 12.

<sup>41</sup> So etwa Rudolf Kötzschke, dessen Gesamtwerk jetzt Gerhard Heitz einer marxistisch-kritischen Würdigung unterzieht: Rudolf Kötzschke (1867–1949). Ein Beitrag zur Pflege der Siedlungs- und Wirtschaftsgeschichte in Leipzig, in: Karl-Marx-Universität Leipzig 1409–1959, a. a. O., S. 262–274. Vgl. hierzu Herbert Helbig, Rudolf Kötzschke zum Gedächtnis, in: Forschungen und Fortschritte, 26. Jg. (1950), S. 52–54.

Lizenzschwierigkeiten usw. nicht sehr reichlich fließenden Quellen lassen, möglicherweise im Gegenzug zu der zunächst nur in hastig publizierten Neuauflagen der Werke von Marx, Engels, Lenin, Mehring und Plechanov zugänglichen marxistischen Geschichtsinterpretation, leicht eine Ausbildung von Schwerpunkten in Forschung und Lehre der Neueren Geschichte erkennen: Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte rückte stärker in den Mittelpunkt<sup>42</sup>, die geistigen und sozialen Strömungen des 18. und 19. Jahrhunderts wurden zum Gegenstand von Vorlesungen und Seminaren, „bürgerliche“ Wissenschaftler behandelten die „Geschichte der Arbeiterbewegung“ lange vor der vollständigen Okkupation dieser Disziplin durch die Sowjetmarxisten<sup>43</sup>, nicht zuletzt verfolgte man die „demokratischen Ideen und Bewegungen“ in die Jahrhunderte zurück. Zusammen mit den Epochenvorlesungen von Fritz Hartung in Berlin und Karl Griewank in Jena, den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Seminaren von Rudolf Kötzschke in Leipzig zum deutschen Spät- und Hochmittelalter, Friedrich Meineckes „historischen Kolloquien und Einzelbesprechungen mit reiferen Studierenden“ in Berlin über Grundfragen der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert, über Rankes und Burckhardts Geschichtsauffassung, über Wilhelm von Humboldt oder über das deutsche Parteileben von 1848, und der sich ganz in den Bahnen der deutschen Universitätstradition bewegenden Lehre der Alten und Mittelalterlichen Geschichte bot sich das Bild eines nach zwölfjähriger Überfremdung neu aufblühenden Wissenschaftszweiges.

Nur zaghafte Regungen waren zunächst unter den „bürgerlichen“ Wissenschaftlern spürbar, wenn es um eine grundsätzliche Erörterung des deutschen Geschichtsbildes ging. Von der Meineckeschen Schrift des Jahres 1946 einmal abgesehen, deren Echo im mitteldeutschen Raum noch zu behandeln sein wird, unternahm Fritz Rörig unter ausgiebiger Berufung auf Ernst Troeltsch und Adolf von Harnack den schwachen Versuch einer Wiederbelebung des Historismus. Seine Forderung, der Historiker sei mit der Pflicht belastet, „seiner Gegenwart und dem in ihr wirkenden Politiker die rechten Zusammenhänge und notwendigen historischen Kenntnisse für die Gegenwartserkenntnis und rechte Zukunftsgestaltung zu vermitteln“<sup>44</sup>, widersprach freilich, wörtlich genommen, nicht den Maximen sowjetzonaler Hochschulfunktionäre. Allein Karl Griewank blieb es vorbehalten, in fruchtbarer Auseinandersetzung mit der marxistischen Lehre „dem ihr zugrunde

<sup>42</sup> Hier sind vor allem die Vorlesungen und Übungen von Hans Hausserr (Halle), Fritz Rörig (Berlin) und Karl Buchheim (Leipzig) zu nennen.

<sup>43</sup> Soweit sich anhand der Vorlesungsverzeichnisse feststellen läßt, behandelte der Dozent für neuere Geschichte an der Universität Leipzig, Dr. Karl Buchheim, erstmals diese Thematik im Sommersemester 1948 unter dem Titel „Geschichte der Arbeiterbewegung in den europäischen Hauptländern“ (Seminar: „Übungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, insbesondere Ferdinand Lassalles“). Im Wintersemester 1948/49 folgte in Jena Karl Griewank mit einem Kolleg über die „Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“. Von marxistischer Seite hatte Alfred Meusel im Wintersemester 1947/48 damit begonnen, eine „Geschichte der modernen Arbeiterbewegung“ zu lesen, die im Sommersemester 1948 fortgesetzt wurde.

<sup>44</sup> Fritz Rörig, *Geschichte und Politik*, in: *Forum*, 2. Jg. (1948), S. 118f.

liegenden ökonomisch-sozialen Klassenbegriff Rechnung zu tragen und dem Problem der Klassenkämpfe in ihren verschiedenen Erscheinungsformen in der geschichtlichen und sozialen Wirklichkeit genauer nachzugehen<sup>45</sup>. Sein in der Begegnung mit dem Marxismus gewonnener „neuzeitlicher Revolutionsbegriff“<sup>46</sup> stellt einen nicht wieder erreichten Höhepunkt in der Diskussion zwischen idealistischer und materialistischer Geschichtsauffassung dar.

Eine Erschütterung dieser starken wissenschaftlichen Position vermochten die wenigen Marxisten zunächst nicht herbeizuführen. Ihre Aufgabe lag zudem in hohem Maße vorerst im geschichtspädagogischen Bereich<sup>47</sup>, zugleich beschränkte man sich auf Universitätsebene darauf, „die ‚volle Gleichberechtigung‘ des historischen Materialismus neben dem historischen Idealismus zu fordern“<sup>48</sup>. Die Lehr-erfolge der Vertreter des Marxismus-Leninismus waren gering<sup>49</sup>, ihr Einflußbereich jedoch unbegrenzt, so daß ein Hineinschlüpfen in die durch Emeritierung und Flucht der „bürgerlichen“ Konkurrenz freierwerdenden Geschichtsprofessuren keine Schwierigkeiten bereitete<sup>50</sup>.

Nach wie vor wurde jedoch die Fiktion eines Miteinander von „bürgerlichen“ und „fortschrittlichen“ Wissenschaftlern aufrechterhalten. Es entsprach daher ganz der offiziellen Hochschulpolitik, wenn sich Gelehrte der beiden Kategorien im „Forum“, der „Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen“, zu gemeinsamer Diskussion um die Fortbildung der deutschen Universität zusammenfanden<sup>51</sup>. Man wußte in der SED darum, „daß gerade viele der alten Intellektuellen ein Schauer durchläuft, wenn wir [d. h. die SED] vom dialektischen Materia-

<sup>45</sup> Karl Griewank, a. a. O., S. 123.

<sup>46</sup> Karl Griewank, *Der neuzeitliche Revolutionsbegriff. Entstehung und Entwicklung*, Weimar 1955.

<sup>47</sup> Hierzu nähere Angaben bei Timm, a. a. O., S. 12. Die sowjetmarxistische „Umerziehung“ im Fach Geschichte der allgemeinbildenden Schulen soll einer späteren Untersuchung vorbehalten bleiben. Vgl. hierzu vorläufig M. G. Lange, *Totalitäre Erziehung*, a. a. O., insbes. S. 81 ff.

<sup>48</sup> Hehn, a. a. O., S. 4.

<sup>49</sup> Von Alfred Meusels Kolleg über „Geschichte der neueren Geschichtsschreibung und -auffassung“, gehalten im Sommersemester 1948 an der Berliner Universität, wird von Studenten übereinstimmend berichtet, daß es „ein z. T. wörtlicher Auszug aus Meineckes Historismus, ohne daß das Buch genannt worden wäre“, gewesen sei.

<sup>50</sup> Vgl. Georg Kotowski, *Frühe Dokumente sowjetdeutscher Hochschulpolitik*, in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. V, Tübingen 1956, S. 331.

<sup>51</sup> An der Diskussion beteiligten sich mit mehr oder minder ausführlichen Beiträgen u. a. Friedrich Meinecke und Heinrich Deiters (beide Berlin), Erich Rothacker (Bonn) und Jürgen Kuczynski (Berlin), Alfred Weber (Heidelberg) und Ossip K. Flechtheim (Berlin), Nicolai Hartmann (Göttingen) und Theodor Litt (Leipzig), Leopold v. Wiese (Köln) und Werner Krauss (Marburg). Vgl. *Forum*, 1. Jg. (1947). – Auf der gleichen Linie lag das „Streitgespräch“ zwischen Alexander Abusch, Bernhard Bonnedik, Günther Birkenfeld, Heinrich Deiters, Ferdinand Friedensburg, Klaus Gysi, Alfred Meusel, Ernst Niekisch, Josef Naas, Georg Zivier und Otto Dilschneider am 7. Febr. 1947 über „Gibt es eine besondere deutsche geistige Krise?“ (*Aufbau*, 3. Jg. [1947], S. 305–325).

lismus, der Philosophie des Marxismus-Leninismus, als der weltanschaulichen Grundlage aller Wissenschaft sprechen . . .“<sup>52</sup>.

Die für Historiker einmalige Chance, das in den offiziellen Verlautbarungen gewährte Bild gewinnbringender Zusammenarbeit und wissenschaftlichen Wettbewerbs auch nach außen dokumentarisch zu belegen, bot sich im Gedenken der 100jährigen Wiederkehr der Revolution von 1848. Sie blieb ungenutzt. Während nämlich Fritz Hartung in einer knappen Würdigung „der europäischen Bedeutung der Revolution von 1848“ die historischen Aspekte beleuchtete, nicht ohne den sozialen Faktor für die Bewertung der Weltgeschichte seit dieser Zeit einzubeziehen<sup>53</sup>, erschöpften sich die Gedenkartikel von sowjetmarxistischer Seite in Beschuldigungen der deutschen Geschichtsschreibung, „bis heute die wahre Bedeutung der Revolutionen von 1525 und 1848 dem deutschen Volke vorenthalten“ zu haben<sup>54</sup>, in selbstgefälliger Genugtuung über die Weitsicht der Verfasser des „Kommunistischen Manifests“<sup>55</sup> oder in einseitiger Aktualisierung dieser historischen Vorgänge für die Zielsetzung der sowjetischen Deutschlandpolitik: Alfred Meusel erhob die Forderung, „die Revolution von 1848 zu Ende zu führen und Deutschland in eine einigte, unteilbare, demokratische Republik zu verwandeln“<sup>56</sup>.

Allein Walter Markov, Dozent für Geschichte an den Universitäten Leipzig und Halle, behielt es sich vor, abseits parteilichen Engagements und vordergründiger Polemik zumindest die Absicht ernsthaften Wettbewerbs anzuzeigen<sup>57</sup>. Sein Ver-

<sup>52</sup> Otto Grotewohl, Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: Protokoll der Verhandlungen des Ersten Kulturtages der SED. 5. bis 7. Mai 1948 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin, Berlin[-Ost] 1948, S. 62.

<sup>53</sup> Fritz Hartung, Die europäische Bedeutung der Revolution von 1848, in: Forschungen und Fortschritte, 24. Jg. (1948), S. 25–27.

<sup>54</sup> Karl Obermann, 1848–1948. Einheit heißt die Losung, in: Forum, 2. Jg. (1948), S. 69. O. gehört, wie Ernst Engelberg, Heinz Kamnitzer und Erich Paterna, zur Schule Alfred Meusels. Seine Studien (Geschichte und Soziologie) begann er bereits in den 20er Jahren, mußte jedoch 1933 emigrieren (Frankreich, USA). Von 1943 bis 1946 war er in New York Redakteur an der deutsch-amerikanischen Zeitschrift „The German American“. 1946 nach Deutschland zurückgekehrt, wurde er Redakteur des sowjetisch lizenzierten „Forum“, promovierte 1950 in Ost-Berlin zum Dr. phil. („Die deutschen Arbeiter in der ersten bürgerlichen Revolution“, erschienen 1950 im Ost-Berliner Dietz-Verlag, 1953 in 2. Auflage ebendort unter dem Titel „Die deutschen Arbeiter in der Revolution von 1848“) und wurde 1953 zum Professor mit vollem Lehrauftrag, 1956 zum Professor mit Lehrstuhl an der Ost-Berliner Universität ernannt.

<sup>55</sup> Walter Markov, 1848, in: Urania, 11. Jg. (1948), S. 87–92.

<sup>56</sup> Alfred Meusel, Nationale Probleme in der deutschen Revolution von 1848, in: Aufbau, 2. Jg. (1948), S. 777. Vgl. auch die Festansprache Meusels beim Wartburgfest der deutschen Studenten in Eisenach am 16. Mai 1948, die er mit den Worten schloß: „ . . . Indem wir für die Umwandlung unseres verarmten und zerstückelten, aus tausend Wunden blutenden Landes in eine einigte und unteilbare Volksrepublik eintreten, erfüllen wir das Testament, das uns die besten, kühnsten und klarsten Revolutionäre des Jahres 1848 hinterlassen haben. Sie sollen nicht vergeblich gestorben sein. Die beste Form der Erinnerung ist die Dankbarkeit, die sich durch die Taten erweist“ (Vom Collegium Jenense zur Volksumiversität, hrsg. von Günter Steiger, Jena 1960, S. 139f.).

<sup>57</sup> Walter Markov, Historia docet?, in: Forum, 1. Jg. (1947), S. 128–129. M., infolge der

such, einer marxistischen Geschichtswissenschaft Weg und Ziel zu weisen, sollte freilich nicht über das Stadium papierener Darlegung hinauskommen. Trotzdem verdient er Beachtung, allein schon deshalb, weil Markovs Ausführungen sich für diese frühe Zeit als ein getreues Spiegelbild der Situation jener Marxisten erweisen, die den Weg an die Universität gingen. In seinen Darlegungen, die wohl auch eigener Standortbestimmung dienten, werden ihre Schwierigkeiten plastisch vor Augen geführt. Materielle Hindernisse, im „Wettlauf zwischen der Gründlichkeit [wissenschaftlicher Forschung] und der Rückkehr zu normalen Bedingungen“ als besonders belastend empfunden, stellten sich freilich nicht nur ihm in den Weg: „Die Realitäten, d. h. die Absenz reifer Mitarbeiter und ausreichender Lehrmittel für das Selbststudium verdammen uns [,fortschrittliche‘ wie ‚bürgerliche‘ Historiker] . . . zu der Rolle sprechender Kompendien, in der wir außerplanmäßig noch für die Unterlassungssünden der Nominellen unter den Studienräten geradezustehen haben.“ Aus seinen Worten wird das Dilemma des Marxisten sichtbar: „Abgelaufene kühne Behauptungen“ [des Nationalsozialismus] waren so schnell nicht „durch ebenso kühne Unverbindlichkeiten [des Marxismus-Leninismus] zu übertrumpfen“<sup>58</sup>. Das „wachgerüttelte Mißtrauen seiner Hörer“ stellte sich dieser Art von Wissenschaft als schwer zu umgehendes Hindernis entgegen<sup>59</sup>. So war es Markovs erklärtes Ziel, im Einklang mit der offiziellen Hochschulpolitik in der „streitbaren Begegnung zwischen idealistischer und materialistischer Geschichtsauffassung“ die Isolierung der „fortschrittlichen“ Wissenschaftler an den Universitäten zu durchbrechen und ihre Anerkennung auf der Ebene der „Fachgelehrsamkeit“ zu erreichen<sup>60</sup>. Mit der Feststellung, der Blick nach vorne ersetze „die Korrektur der wechselseitigen Kontrolle nicht“, wurde ein Weg wirklicher, nicht nur

Auflösung Österreich-Ungarns 1918 jugoslawischer Staatsangehöriger, promovierte nach ausgedehnten Studien der Neueren Geschichte, Geographie, Slavistik und Religionsgeschichte an den Universitäten Leipzig, Köln, Berlin, Hamburg und Bonn 1934 bei Fritz Kern mit einer Arbeit über „Serbien zwischen Österreich und Rußland 1897–1908“ (gedruckt Stuttgart 1934). Unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung trat er im Januar 1933 der KPD bei. Wegen illegaler Parteiarbeit wurde er 1934/35 zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt. Erst das Ende des Krieges brachte ihm die Befreiung. 1947 siedelte M. nach Leipzig über, habilitierte sich an der dortigen Universität und wurde daselbst Dozent für Neuere Geschichte, in Halle Professor mit Lehrauftrag für Mittlere und Neuere Geschichte, 1949 schließlich Professor mit Lehrstuhl in Leipzig. Während des Stalin-Tito-Streitens geriet er, zeitweilig titoistischer Neigungen beschuldigt, mit der SED in Konflikt, wurde sogar aus der Partei ausgeschlossen, blieb aber auch als Nichtmitglied seiner kommunistischen Überzeugung treu.

<sup>58</sup> Ebd., S. 128.

<sup>59</sup> Die kritische Haltung der Studentenschaft löste insbesondere bei Jürgen Kuczynski heftige Reaktionen aus: Betrachtungen zur deutschen Geschichtsschreibung, in: Aufbau, 2. Jg. (1946), S. 742–747.

<sup>60</sup> Die Ignoranz der „bürgerlichen“ Historiker in bezug auf den Marxismus wird scharf getadelt: „. . . Die Verschiedenartigkeit der Begründung interessiert daran weniger als die erstaunliche Gleichläufigkeit zwischen jenem Scholastiker, der sich weigerte, durch das Fernrohr zu blicken, um etwas nicht sehen zu müssen, womit seine Schriften nicht übereinstimmten, und einem Erzieher unseres akademischen Nachwuchses, der den historischen

fiktiver wissenschaftlicher Koexistenz gezeichnet, wobei Markov so weit geht, einen Totalitätsanspruch des Marxismus-Leninismus mit bemerkenswerten Worten zu bestreiten:

„Niemand wird den Wunsch hegen, den historischen Materialismus für seine Unterdrückung in anderen Teilen Deutschlands durch ein Monopol in der Ostzone zu entschädigen, es sei denn, daß er ihn vorsätzlich durch Inzucht ruinieren möchte. Zu fordern ist für alle deutschen Universitäten der freie Wettstreit beider Theorien, die Verpflichtung, sich mit ihnen bekannt zu machen. Es heißt kein Geheimnis preisgeben, wenn wir behaupten, eine Belehrung darüber, was historischer Materialismus nicht ist, stehe in ihrer Dringlichkeit bereits vor der Feststellung, was er eigentlich sei . . . Der Satz, daß es kein Verstehen mit Hilfe eines Universal-schlüssels irgendeiner allgemeinen geschichtlich-philosophischen Theorie gibt, die, da sie alles auf einmal erklärt, nichts erklärt, ist bester Marx und niemand hat die Neigung, Antworten auf konkrete Fragen in der logischen Entwicklung allgemeiner Wahrheiten zu suchen, tiefer verspottet als Lenin<sup>61</sup>.“

Markovs Ausführungen rückten zwei Aufgaben in den Mittelpunkt<sup>62</sup>:

1. Die Verteidigung der nicht aus eigener Kraft und nicht aus eigenem Verdienst errungenen Positionen an den mitteldeutschen Universitäten gegenüber den „bürgerlichen“ Konkurrenten und
2. das langsame Ertesten eines eigenen Weges, der zwischen Reglementierung durch die Besatzungsmacht und eigenem Verständnis des historischen Materialismus hindurchführen mußte.

Zu letzterem gehörte die Erarbeitung eines neuen Geschichtsbildes, wobei Markov es „angesichts unserer Zerrissenheit und standortlichen Zerfahrenheit“ bezweifelte, ob man in der Methode „den Sowjethistorikern die Ideallösung einer Gesamtplanung und Aufteilung der Themen unter spezialisierte Arbeitsgemeinschaften so bald entlehnen kann“. Auch kam es ihm bei der Zielsetzung darauf an, sich nicht etwa nur auf die „Wendepunkte“ der deutschen Geschichte zu beschränken: „Die deutsche Forschung hat drückendere Sorgen als die Entnazifizierung des Philosophen von Sanssouci und des Eisernen Kanzlers. Sie kann sich nicht mit Kind und Kegel auf einige Lieblingsthese, etwa 1525, 1848 und 1933, stürzen...“ Vielmehr tue der deutschen Geschichtswissenschaft not, „die ganze Weite universeller Bezogenheiten zu erschließen“<sup>63</sup>.

Im „Dilemma, entweder die solide Facharbeit zurückzupflocken und auf prinzipielle Erörterungen über Geschichtsbild und Geschichtsauffassung zu retirieren oder aber gar auf Kosten der Dauerhaftigkeit mit kümmerlichem Gerüst und Ersatzmaterial Behelfsbauten auszuführen, Notquartier zu beziehen und Qualitäts-

Materialismus als bedenkliche Reduktion ablehnt und im gleichen Atemzug kundtut, sich mit ihm nicht befaßt zu haben“ (ebd., S. 129).

<sup>61</sup> Ebd., S. 129. Die Leugnung eines jeglichen Totalitätsanspruches des Marxismus-Leninismus entsprach der kulturpolitischen Taktik der SED in der Phase der „antifaschistisch-demokratischen Umwälzung“. Vgl. Protokoll . . . des Ersten Kulturtages der SED, a. a. O., S. 216 f.

<sup>62</sup> Vgl. hierzu die sowjetmarxistische Darstellung bei Engelberg/Rudolph, a. a. O., S. 11 ff.

<sup>63</sup> Markov, a. a. O., S. 129.



minderungen in Kauf zu nehmen“<sup>64</sup>, wurde jedoch der gute Wille der wenigen profilierten Marxisten zwischen den Mühlsteinen parteilicher Gebundenheit und einer uns heute kaum mehr vorstellbaren materiellen Not zerrieben<sup>65</sup>. Im Erstasten des eigenen Weges, im Ringen um ein neues Geschichtsbild, wurde die Fachhistorie, von marxistischer Seite im wesentlichen durch die Bemühungen Markovs vertreten<sup>66</sup>, schon sehr früh von den sehr viel unproblematischeren, von Auseinandersetzungen mit einer kritischen Nachkriegsgeneration an den Universitäten befreiten Schreibern der Partei aus dem Rennen geworfen. Wie Markov selbst schreibt, waren die „orientierenden Schriften von Abusch, Niekisch, Girnus . . . und anderen . . . ebensowenig dem Katheder entsprossen, wie die Neuauflage von Engels, Mehring und Plechanow der späten Reue unseres Ordens“<sup>67</sup>.

In der Tat herrschte auf marxistischer Seite, von Markov abgesehen, auf der Ebene der „Fachgelehrsamkeit“ Schweigen, wohingegen Publizisten und Schulmänner, Parteileute und Praktiker sehr schnell das deutsche Schicksal mit sowjetmarxistischer Elie vermaßen. Ihre Stellungnahmen zu brennenden Tagesfragen zogen Nutzen aus einer nach marxistisch-leninistischen Kategorien interpretierten deutschen Geschichte, die einen fachhistorischen Niederschlag noch nicht gefunden hatte. Damit war die historisch-marxistische Fachwissenschaft nicht nur in zwei Gefechten, dem mit der „bürgerlichen“ Konkurrenz und dem mit den kommunistischen Parteigängern, unterlegen, sie hatte eine Schlacht verloren: Die jahrelange Vorherrschaft einer auf Polemik und Simplifikation angelegten Propagandahistorie nahm hier ihren Ausgang<sup>68</sup>.

Die Abkehr vom Versuch der Wissenschaftlichkeit und die Indienstellung der Historie für vordergründige Zielsetzungen der kommunistischen SED, der im Zeichen des „Blockprinzips“ eine nahezu uneingeschränkte Machtfülle zugefallen war, hatte sich bereits unmittelbar nach Kriegsende in Veröffentlichungen der

<sup>64</sup> Ebd., S. 128.

<sup>65</sup> Markov deutete diese materielle Notlage in wenigen Sätzen an: „ . . . Das professorale Gewissen steht . . . vor der Entscheidung, eine brennend notwendige Vorlesung über den Entwicklungsgang der modernen chinesischen Gesellschaft, über Voraussetzung und Spannweite des fernöstlichen Bürgerkrieges aus dem gespeicherten Erinnerungsschatz unter Zuhilfenahme greifbarer Nachschlagewerke zu schöpfen oder sie bis zur Heimsendung einer ausgelagerten Handbibliothek zurückzustellen . . . Die Zierde eines Osteuropa-Lehrstuhles hat für Versäumnisse aufzukommen, die die durchdachte Isolierung seines Arbeitsbereichs in der Vergangenheit . . . verschuldet hat . . . Die Diskussion innerhalb der Fachkreise . . . setzt eine Papierzuteilung für Spezialuntersuchungen voraus, die vorläufig hinter der spürbaren Notwendigkeit der breiten Aufklärung zurücktreten muß“ (ebd., S. 128).

<sup>66</sup> Vgl. Lange, *Wissenschaft*, a. a. O., S. 173.

<sup>67</sup> Markov, a. a. O., S. 128.

<sup>68</sup> Eine sowjetmarxistische Geschichtswissenschaft fand ihr Selbstbewußtsein erst wieder, als Ulbricht auf der II. Parteikonferenz der SED (9. bis 12. Juli 1952 in Berlin) die Historiker aufforderte, dem deutschen Volk das „klassische Erbe“ näherzubringen, über „die revolutionären Kämpfe und die Freiheitskämpfe [zu] berichten“ (Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED, Berlin[-Ost] 1952, S. 120 ff.). Vgl. hierzu Fritz Kopp, *Die Wendung zur „nationalen“ Geschichtsbetrachtung in der Sowjetzone*, München 1955.

historischen Publizistik angekündigt. Es sei versucht, den Unterschied zwischen der Wissenschaftsauffassung Markovs und dieser sowjetmarxistischen Publizistik an der unterschiedlichen Interpretation zweier, der notwendigen Revision herkömmlicher Geschichtsbetrachtung dienenden Schriften der vielgeschmähten „bürgerlichen“ Historie zu zeigen: der „akademischen Beiträge“ Friedrich Meineckes<sup>69</sup> und Gerhard Ritters<sup>70</sup>, die zumindest den Eindruck, daß „die Historiker der Entwicklung wieder einmal um mehr als eine Nasenlänge nachhinken“<sup>71</sup>, auszuwischen versucht hatten.

Markovs Maßstäbe der Kritik unterscheiden sich nicht unerheblich von den propagandistischen Breitseiten derzeitiger „Streitgespräche“<sup>72</sup>:

„Gewiß steht es dem Historiker minder an als dem Volksredner, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Nur kleinbürgerliches Ressentiment schwelgt darin, Könnern von Format ihr persönliches Kaliber herunterzubuchen, weil sie in vielem auf dem falschen Flügel gefochten und die Passiva belastet haben . . .“<sup>73</sup>.

Auf dieser Grundlage bemühte sich Markov in geschliffener und bildreicher Sprache um die Ausgangsposition für eine Kritik an seinen „bürgerlichen“ Zunftgenossen und fand sie in der Korrelation zwischen „bürgerlicher“ Geschichtsschreibung und der „ökonomischen, politischen und geistigen Rückständigkeit“ Deutschlands im 19. Jahrhundert<sup>74</sup>. Meineckes Resignation erfuhr danach Kritik als Ausdruck „vergangenheitsgebundener Prämissen“ eines „nach Wesen und Werdegang den Wertungen liberaler Demokratie aufgeschlossen[en]“ Gelehrten, jedoch hielt Markov sich frei von generalisierender Verurteilung, wenn auch nicht von ablehnendem Urteil: „Die teilweise aus eigener Anschauung gewonnene Aufhellung jüngsten Geschehens verpflichtet den Leser zu Dank, ohne ihn weiterzubringen als zum Beweinen seiner bürgerlichen Daseinsverfehlung.“ Ritters Bestreben, das nach Markov dahin geht, „Hitlers Talmistaatskunst ausgerechnet durch eine Fridericus- und Bismarckrenaissance [zu] entwerten“, wurde schärfer gerügt, aber sein Anliegen, dem „Eingriff des preußischen Militarismus in das deutsche Schicksal“ nachzugehen, als solches gesehen und anerkannt<sup>75</sup>.

Sehr viel dogmatischer und massiver kritisierte der Praktiker Abusch Meineckes

<sup>69</sup> Friedrich Meinecke, *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden 1946.

<sup>70</sup> Gerhard Ritter, *Die Dämonie der Macht. Betrachtungen über Geschichte und Wesen des Machtproblems im politischen Denken der Neuzeit*, Stuttgart 1947 (5. Auflage von „Machtstaat und Utopie“, München 1940); ders., *Geschichte als Bildungsmacht. Ein Beitrag zur historisch-politischen Neubesinnung*, in: *Der Deutschenspiegel* 6, Stuttgart 1947.

<sup>71</sup> Markov, a. a. O., S. 128.

<sup>72</sup> Vgl. zum neuesten Stand sowjetzonaler Polemik gegen die „bürgerliche“ deutsche Geschichtswissenschaft: Werner Berthold, „. . . großhungern und gehorchen.“ *Zur Entstehung und politischen Funktion der Geschichtsideologie des westdeutschen Imperialismus untersucht am Beispiel von Gerhard Ritter und Friedrich Meinecke*, Berlin[-Ost] 1960, insbes. S. 131 ff.

<sup>73</sup> Markov, a. a. O., S. 129.

<sup>74</sup> Lange, a. a. O., S. 172. Vgl. hierzu Walter Markov, *Zur Krise der deutschen Geschichtsschreibung*, in: *Sinn und Form. Beiträge zur Literatur*, 2. Jg. (1950), H. 2, S. 109–155.

<sup>75</sup> Markov, a. a. O., S. 129.

Versuch einer historischen Selbstbesinnung<sup>76</sup>. Der vom parteilichen Bewußtsein getragene Kulturbund-Funktionär und historisierende Schriftsteller vermochte die „Waffe der geschichtlichen Kritik“ hemmungsloser einzusetzen. Da in der Meinecke'schen Interpretation der Revolution von 1848 und der Rolle des Bürgertums in der deutschen Geschichte die marxistisch-leninistischen Töne keinen Widerhall fanden, mußte das „ergreifende Ringen eines Mannes am Abend seines Lebens“ der Verurteilung anheimfallen: „... die rein geistig-politische Entwicklungslinie ... bleibt bei ihm isoliert, irgendwo in der Luft schwebend, ohne in den erdfesten Zusammenhang mit der Entwicklung des deutschen Kapitalismus zum Imperialismus gestellt zu sein.“ Da Meinecke es nach Abusch nicht fertigbrachte, „die faschistische Ideologie in ihrer ganzen antinationalen, antisozialistischen Zweckhaftigkeit und Unechtheit zu enthüllen“, ist das Verdikt über jede „bürgerliche“ Beschäftigung mit der Historie schnell gesprochen: „Das Handwerkszeug auch des besten, umfassendsten und ehrlichsten idealistischen Historikers erweist sich als unzulänglich, einen historischen Prozeß zu erforschen und darzustellen“<sup>77</sup>.

Die Partei schlug also eine entschiedenere Sprache an als die Fachwissenschaftler. Das erhöhte das Gewicht jener publizistischen Versuche einer Neuwertung der deutschen Geschichte nach sowjetmarxistischem Schema, die unter betonter Aufrechterhaltung des Bruches mit jeglicher „bourgeois“ Überlieferung den Nachkriegsbüchermarkt belebten.

Die auf parteilicher Gebundenheit beruhenden Untersuchungen Wilhelm Girnus<sup>78</sup> und Karl Hoffmanns<sup>79</sup> zeichneten sich schon durch die Fragestellung (Wer macht Geschichte?) aus. In dem im September 1945 in Weimar „vor der antifaschistischen Jugend“ gehaltenen Vortrag interpretierte der Altkommunist und damalige Dezernent in der Verwaltung für Volksbildung Girnus Geschichtsforschung als Suche nach der „Gesetzmäßigkeit“ in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft: „... die englische, die französische, die russische Revolution sind ... solche elementaren Energieentladungen, solche sprunghaften und gewaltsamen Durchbrüche und Veränderungen in der Geschichte“, die sich „genauso gesetzmäßig wie das Bersten eines überspannten Dampfkessels“ vollziehen<sup>80</sup>. Girnus kam es vor allem darauf an, die Bedeutung der Persönlichkeit für den Ablauf der Geschichte auf die jeweilige klassengebundene Abhängigkeit zu reduzieren<sup>81</sup>. Daß

<sup>76</sup> Alexander Abusch, Die deutsche Katastrophe, in: Aufbau, 3. Jg. (1947), 1. Halbbd., S. 2–8. Zu Abuschs Rolle im „Kulturbund“ vgl. Kantorowicz, a. a. O., S. 455, 463.

<sup>77</sup> Abusch, a. a. O., S. 5.

<sup>78</sup> Wilhelm Girnus, Wer macht Geschichte? Zur Kritik der faschistischen Geschichtsfälschung, Berlin-Leipzig 1946.

<sup>79</sup> Karl Hoffmann, Über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte, in: Einheit, 1. Jg. (1946), S. 47–55.

<sup>80</sup> Girnus, a. a. O., S. 21.

<sup>81</sup> Lenins klassengebundene Reduktion erfährt die folgende Verklausulierung: „... So hoch man die Genialität Lenins einschätzen mag – und es ist schwer, Vergleichsmaßstäbe für seine Bedeutung zu finden – er allein hat die Revolution nicht gemacht, er allein hat die Geschichte nicht in völlig neue Bahnen geworfen, sondern er hat die Geschichte zusammen mit den Millionen Arbeitern und Bauern gemacht ...“ (Girnus, a. a. O., S. 22).

diese Problematik im Nachkriegsdeutschland nicht unaktuell war, geht aus der Behandlung des gleichen Themas durch Karl Hoffmann in der theoretischen Zeitschrift der SED hervor: „... heute, nach dem Bankrott der faschistischen ‚Führerherrlichkeit‘ und dem schrecklichen Erwachen für Millionen Deutsche, ist die Frage über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte wieder eine erstrangige Frage geworden“<sup>82</sup>. Mit Überheblichkeit und in offensichtlicher Unkenntnis der deutschen Geschichtsforschung behauptete Hoffmann, die Betrachtung der Geschichte als das Resultat der Tätigkeit einzelner Personen sei „bis zum Erscheinen des historischen Materialismus die alleinige und ... heute noch in den kapitalistischen Ländern die herrschende Geschichtsbetrachtung“. Erst der Marxismus habe „den werktätigen Massen den Platz in der Geschichtsbühne eingeräumt, der ihnen von Rechts wegen zukommt“<sup>83</sup>.

Blieben diese Versuche vorerst nur Stückwerk, da sie sich vornehmlich mit Teilproblemen beschäftigten, so erschienen bereits 1946 die ersten Gesamtwertungen deutscher Geschichte der letzten vier Jahrhunderte: Ernst Niekisch<sup>84</sup> und Alexander Abusch<sup>85</sup> bemühten sich um eine Erklärung der deutschen Tragödie.

Niekisch, dem „die Eiseskälte einer endgültigen Verzweiflung die Feder führt“<sup>86</sup>, vermochte sich nur zu einem vernichtenden Urteil durchzuringen:

„Der Ertrag der ganzen deutschen Geschichte erweist sich als ein schreckliches Nichts, wo aber das Nichts das letzte Wort ist, da ist das ganze Dasein, das dahin führte, verfehlt“<sup>87</sup>.

<sup>82</sup> Hoffmann, a. a. O., S. 47. – Die Art und Weise der Behandlung dieses wichtigen Problems sei an einem Beispiel, der Beurteilung Hitlers und seines Aufstiegs, erläutert. Hoffmann (a. a. O., S. 53) schreibt hierzu: „... Die Hitleristen waren die Kettenhunde der imperialistischen Monopol- und Bankherren. Die Rolle des faschistischen Häuptlings mußte notwendigerweise auf den wütendsten und chauvinistischsten Reaktionär fallen, und ein solcher war eben Hitler. Seine ganze Vergangenheit, angefangen bei dem kleinen Betrüger aus dem Wiener Obdachlosenasyl über den Reichwehrspitzel bis zum Parteiführer der Interessenspartei der imperialistischen Monopolkapitalisten, machte ihn zum konsequenten Vertreter der Raub- und Kriegsziele des deutschen Imperialismus am meisten geeignet. Es ist aber ohne Zweifel, daß, hätte es Hitler nicht gegeben, ein anderer diesen Platz ausgefüllt hätte“.

<sup>83</sup> Hoffmann, a. a. O., S. 48.

<sup>84</sup> Ernst Niekisch, *Deutsche Daseinsverfehlung*, Berlin 1946. Niekischs Schrift ist hier von besonderem Interesse, weil er im April 1948 als Professor für „Politische und soziale Probleme der Gegenwart“ an die Berliner Universität berufen wurde und damit die Brücke vom politischen Publizisten zum marxistischen Hochschullehrer schlug. Niekisch, der bereits seit dem Sommersemester 1947 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der gleichen Hochschule als Lehrbeauftragter für „Probleme der Gegenwart“ wirkte, hielt im Wintersemester 1948/49 als erster an einer mitteldeutschen Universität, soweit sich das an Hand der Vorlesungsverzeichnisse feststellen läßt, ein Seminar über „Die deutsche Widerstandsbewegung“ ab (Universität Berlin. Personal- und Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1948/49, S. 55).

<sup>85</sup> Alexander Abusch, *Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte*, Berlin 1946 (8., erw. Auflage 1960).

<sup>86</sup> So ein sowjetzonaler Kritiker: A. Müller-Tannwitz, *Literarische Umschau: Die deutsche Tragödie*, in: *Forum*, 1. Jg. (1947), S. 19. Vgl. auch Martin Hoffmann, *Zur Vorgeschichte des Faschismus*, in: *Aufbau*, 2. Jg. (1946), S. 1187–1198.

<sup>87</sup> Niekisch, a. a. O., S. 86.

Von dieser Schlußthese her ist es kaum verwunderlich, wenn Niekisch den „Irrweg“ der deutschen Geschichte mit dem „erwachenden Ehrgeiz“ des „brandenburg-preußischen Obrigkeitsstaates“ beginnen ließ, der nach dem „Bankrott der universalen Idee“ auf deutschem Boden „von der partikularistischen Ausgangsstellung aus wieder zu einer erheblichen Macht“ zu gelangen versucht habe<sup>86</sup>. Von „Friedrich II.“ als einem Musterfall des deutschen Menschen eigenen „zynischen Verhältnisses zwischen Idee und Gewalt“<sup>89</sup> ausgehend, wurden einige markante Persönlichkeiten deutscher Geschichte an einer Richtschnur aufgereiht, deren Maßstab „die preußische Entscheidung für das Gewaltprinzip“ abgab: die „legitimistischen Don Quichottes“ der Heiligen Allianz, der „preußische Charakter der Bismarckschen Politik“, der „Pangermanismus“ Wilhelms II. und „der plagiatorische Anti-Lenin“ Hitler. Das „Dritte Reich“ erschien in dieser Logik nicht eigentlich als „unvorhergesehenes Ereignis oder . . . geschichtlicher ‚Fehltritt‘, es war eine Endstufe: es lag in der Logik des preußisch durchtränkten Pangermanismus“<sup>90</sup>. Niekisch blieb die Antwort auf die Frage nach den Ursachen dieser von ihm geschilderten Misere nicht schuldig. Auf dem Stuhl des Angeklagten saß, wie beim marxistischen Gericht über die deutsche Geschichte, das Bürgertum: „... es überantwortete den Schauplatz den Landesfürsten und diente dort, wo es hätte nach der Herrschaft greifen sollen“. Indem es auf „seine Revolution, die Reformation“, Verzicht leistete, war es nicht mehr imstande, „sich eine Welt nach den Bedürfnissen und Gesetzmäßigkeiten seines eigenen und besonderen Wesens zu erbauen“<sup>91</sup>. Diese „geschichtliche Wesens- und Daseinsverfehlung“ der deutschen Bourgeoisie, deren Grund nach Niekisch „im Verlauf der lutherischen Reformation“ gelegt wurde, durch die Geschichte zu verfolgen, ist die zweite Leitlinie, deren sich der Autor bedient. Die mit ihrer Hilfe entdeckten Merkmale<sup>92</sup> des – trotz „obrigkeitsstaatlichen Winkeldaseins“ nicht verblichenen – bürgerlichen Sendungsbewußtseins hatten es nicht allzu schwierig werden lassen, die Konstruktion von der deutschen „Daseinsverfehlung“ ihrem bitteren Ende entgegenzuführen<sup>93</sup>.

Die durchweg mit starken Vorbehalten aufgenommene Schrift Niekischs erfuhr aus dem Blickwinkel der Sowjetmarxisten, „die Marxsche Methode auf das politische

<sup>86</sup> Ebd., S. 19.

<sup>89</sup> Vgl. ebd., S. 21 f.

<sup>90</sup> Ebd., S. 83.

<sup>91</sup> Ebd., S. 15.

<sup>92</sup> Seit der „Entscheidung für den Partikularismus“, der „Verwerfung des Welthorizonts“ und dem „Sturz in die engen Winkel einer beschränkten Vaterländerei“ zeigt nach Niekisch „das Sendungsbewußtsein des deutschen Bürgers die Züge der maßlosen Schwärmerei oder der schwärmerischen Maßlosigkeit, der überhitzten Verstiegtheit, der trunkenen Phantastik, der irrealen Wolkenkuckucksheimerei, der erdenfernen Grenzenlosigkeit“ (ebd., S. 15).

<sup>93</sup> Die bewußte Überspitzung Niekischs findet ihre Erklärung z. T. in seiner Absicht, „verbohrtem Eigensinn“ und „böartigem Ehrgeiz“ unter den Deutschen zu begegnen. Vgl. hierzu die bereits erwähnte Rezension von Müller-Tannwitz, a. a. O., S. 19: „Man vergleiche, was Meinecke [Die deutsche Katastrophe] zur Rolle des preußischen Militarismus sagt, mit den Ausführungen Niekischs zu diesem Thema, und man wird sogleich den Unterschied zwischen weltweiter und nationalbegrenzter Auffassung spüren . . .“.

Geschehen der letzten Jahrzehnte anzuwenden“, nur bezüglich der „Daseinsverfehlung“ Kritik<sup>94</sup>. Wohl schien dem „orientierten Leser“, in diesem Fall dem „bekanntem Historiker der Geschichte der Arbeiterbewegung“, Otto Jenssen, eine stärkere Betonung des Ökonomischen angebracht, obgleich er „überall Anklänge an marxistische Schriften und Auffassungen“ spürte, aber „andererseits ist es gerade heute geboten, die marxistische Sozialpsychologie zu pflegen, vor allem auch, um der sogenannten ‚Intelligenz‘ zu zeigen, daß wir keinem platten ökonomischen Automatismus verfallen, aber auch nicht wie der Geist Gottes über den Wassern schweben“<sup>95</sup>. An der deutschen Entwicklung zur „Daseinsverfehlung“ mußte der Sowjetmarxist Jenssen die falsche Perspektive kritisieren: „Es gibt in der Geschichte insofern keine Verfehlung, als der Verlauf kausal bedingt ist“<sup>96</sup>.

Aus der gesellschaftlichen Lage sich ergebende Schlußfolgerungen vermochte, getreu nach sowjetmarxistischen Prinzipien, wohl eher der „Leiter der geistig-kulturellen Abteilung des Kulturbundes“, Alexander Abusch, zu ziehen. Auch er bemühte sich durch eine Rückblende in die Tiefe des geschichtlichen Raumes um Erhellung der deutschen Gegenwart. Das wahrscheinlich bereits in den Jahren der mexikanischen Emigration konzipierte Manuskript ermangelte der Leidenschaft Niekischs, nicht jedoch dessen, im übrigen auch im Westen so beliebter Grundtendenz: „im „Preußengeist“ eine „entscheidende . . . reaktionäre Quelle des Nazigeistes“ zu sehen<sup>97</sup> und die Bourgeoisie als den großen Versager im Ablauf der deutschen Geschichte darzustellen<sup>98</sup>. Dabei begann Abuschs Geschichte der Deutschen keineswegs als Irrweg. Die sozialen Umwälzungen des 13. und 14. Jahrhunderts liefen für ihn auf eine durchaus positive Gestalt zu: Thomas Münzer, den „prophetisch drohenden Rebellen“, den „politischen Führer mit plebejischem Instinkt“, den „wortgewaltigen Pamphletisten der deutschen Sprache“ und „ersten Strategen des Volkskrieges in Deutschland“. Jedoch hüllte „die Niederlage der deutschen Freiheit im großen Bauernkrieg . . . drei Jahrhunderte der deutschen Geschichte in die Finsternis der Reaktion“<sup>99</sup>. Schuldig an der Auslieferung des

<sup>94</sup> Otto Jenssen, *Revision unseres Geschichtsbildes? Randbemerkungen zu Ernst Niekisch „Deutsche Daseinsverfehlung“*, in: *Einheit*, 1. Jg. (1946), S. 125–127. Zur Person des Rezensenten vgl. *Geschichte der Universität Jena*, a. a. O., S. 710, 713f.

<sup>95</sup> Jenssen, a. a. O., S. 125.

<sup>96</sup> Ebd., S. 127. Jenssen meint, aus der Schrift Niekischs erkennen zu können, daß die Marxisten an ihrem Geschichtsbild „wenig . . . zu revidieren haben, was die theoretischen Grundanschauungen und die Erkenntnis der grundlegenden Tendenzen angeht. Es gilt nur, diese alten Ergebnisse marxistischer Forschung neu zusammenzustellen und zu ergänzen, um eine wirkliche geistige Brücke von der Vergangenheit zum Heute zu schlagen“. Die Indienststellung von Geschichte und Geschichtswissenschaft für politische Zielsetzungen ist hier in den Grundzügen bereits angedeutet.

<sup>97</sup> Abusch, a. a. O., S. 30.

<sup>98</sup> Vgl. die Kapitel „Mönchischer Wunderglaube und geschlagene Städte“ (S. 11–15) und „Barrikaden für eine deutsche Demokratie“ (S. 89–104). – Dem Rezensenten des „Forum“ erschien die Konzeption Abuschs „etwas klischeemäßig hingeworfen“, während vom Autor selbst der „Eindruck eines mäßig interessierten Beobachters“ gewonnen wurde. Vgl. Müller-Tannwitz, a. a. O., S. 19.

deutschen Volkes und seiner Geschichte an die „Totengräber der Freiheit“, deren Wirken von Luther über den Großen Kurfürsten, „Friedrich ‚den Großen‘“, Bismarck und Wilhelm II. bis zu Hitler von Abusch verfolgt wird, wurde das städtische Bürgertum, das ein „gemeinsames Freiheitsprogramm von Stadt und Land“ abgelehnt habe<sup>100</sup>. Ähnlich wie Niekisch verlegte Abusch das Versagen der Bourgeoisie schon in das 16. Jahrhundert, um mit der These von der „Unterwerfung unter den preußischen Militarismus“ die fortdauernden bürgerlichen Fehlentscheidungen in den Griff zu bekommen und die Geschichte des deutschen Volkes damit als „die Geschichte eines durch die Gewalt politisch rückständig gemachten Volkes“ erklären zu können. Sein Vorhaben, das Ringen fortschrittlicher und reaktionärer Kräfte in den Mittelpunkt historischer Betrachtung zu rücken, entsprach im übrigen den damaligen Forderungen der KPD<sup>101</sup>. Mit dem Ausspruch Stalins im Rücken, daß die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk aber bleibe, war es notwendig, die „deutsche Daseinsverfehlung“ einer Revision zu unterziehen. Unter diesen Umständen erhielt Abuschs Werk nahezu offiziellen Anstrich: Man wird es als den ersten größeren Schritt auf dem Wege, das sowjetische Vorbild auf die deutsche Geschichte anzuwenden, werten dürfen.

Schon kritischen Zeitgenossen entging nicht, daß Niekisch und Abusch ihre Abstraktionen in nicht unerheblichem Maße von der mit negativen Vorzeichen versehenen nationalsozialistischen Geschichtslegende herleiteten<sup>102</sup>. So war es verständlich, daß „beide Darstellungen, vor allem Abusch, . . . das Verlangen nach einer gründlichen Arbeit [weckten], die den Verlauf der letzten drei Jahrhunderte von unten betrachtet“<sup>103</sup>. Diesen Wunsch vermochten jedoch weder die obskuren Erzeugnisse Wolfram von Hansteins, dessen „wichtiger Abriß deutscher Geschichte“ nur wieder „von Luther bis Hitler“ mit allen schon geläufigen Zwischenstationen reichte<sup>104</sup>, noch Albert Nordens „Lehren deutscher Geschichte“<sup>105</sup> zu erfüllen.

<sup>99</sup> Abusch, a. a. O., S. 29.

<sup>100</sup> Vgl. ebd., S. 22. An diesem Beispiel wird das marxistisch-leninistische Schema Abuschs besonders deutlich, mit dessen Hilfe Leninsche Revolutionserfahrung in die Vergangenheit zurückprojiziert werden soll. – Als besonders charakteristisches Beispiel parteilicher Terminologie sei Abuschs Schilderung der Vorstellungswelt Thomas Münzers erwähnt: „... Ihm schwebte vor: ein Kampfbündnis von Bauern und Städtebürgern mit den ersten Proletariern, den Zwickauer Tuchknappen und den Mansfelder Bergknappen“ (ebd., S. 21f.).

<sup>101</sup> Vgl. Pieck/Ackermann, a. a. O., S. 19f., 40ff.

<sup>102</sup> M. Hoffmann, a. a. O., S. 1187f.: „... Es ist . . . eine eigenartige Erscheinung, daß nach dem Ende des 1000jährigen Reiches das Kernstück dieser [Goebbels-] Legende von vielen ehrlichen Gegnern des Faschismus übernommen und nur mit negativem Vorzeichen versehen wird. Sagte die . . . Legende: Von Friedrich dem Großen führt ein gerader Weg über Bismarck zu Hitler; und das ist gut! – so heißt es jetzt: Von Friedrich II. führt ein gerader Weg über Bismarck zu Hitler; und das ist schlimm, denn das wurde unser Verhängnis!“

<sup>103</sup> Müller-Tannwitz, a. a. O., S. 19.

<sup>104</sup> Wolfram v. Hanstein, Von Luther bis Hitler. Ein wichtiger Abriß deutscher Geschichte, Dresden 1947. Die von Max Steinmetz aufgestellte Behauptung, Hansteins Machwerk habe „im Grunde nur Anlaß und Vorwand“ dargestellt, um dem Kirchenhistoriker Walter Elliger

Bis zum Jahre 1948 hatte es sich erwiesen, daß eine Gleichrangigkeit der „bürgerlichen“ und „fortschrittlichen“ Geschichtskonzeption für erstere in der sachlichen Auseinandersetzung keinerlei Gefahr bedeutete. Eine „neue Geschichtswissenschaft“ war noch nicht ausgebildet worden, die Diskussionen „um die Erneuerung des Geschichtsbildes“ waren nach hoffnungsvollen Anfängen ins Stocken geraten<sup>106</sup>. Die für die weitere Entwicklung maßgebenden Veränderungen erfolgten erst, als das Jahr 1948 auch eine Verschärfung der politischen Situation mit sich brachte und mit der weiteren Abschnürung Mitteldeutschlands von den westlichen Besatzungszonen die äußeren Voraussetzungen geschaffen wurden, die einer „Sowjetisierung“ des mitteldeutschen Geisteslebens bisher gefehlt hatten<sup>107</sup>. Der „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ und auf das Fach Geschichte begann mit Zwangsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der kommunistischen Behörden<sup>108</sup>. Geschickte personalpolitische Maßnahmen schwächten die

Gelegenheit zu geben, in einer „Gegenschrift“ (W. Elliger, *Luthers politisches Denken und Handeln*, Berlin[-Ost] 1952) die „marxistische Auffassung von Reformation und Bauernkrieg anzugreifen“, ist völlig unbegründet. Vgl. Elliger, a. a. O., S. 14ff., 173ff. und M. Steinmetz, *Reformation und Bauernkrieg in der Historiographie der DDR*, in: *Historische Forschungen*, a. a. O., S. 145, Anm. 17.

<sup>106</sup> Norden beschränkt sich auf das 20. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung der „politischen Rolle des Finanzkapitals und der Junker“. Vgl. Albert Norden, *Lehren deutscher Geschichte*, Berlin 1947.

<sup>108</sup> Vgl. Um die Erneuerung des Geschichtsbildes. Ein Streitgespräch zwischen Alexander Abusch, Günther Birkenfeld und Jürgen Kuczynski, in: *Aufbau*, 3. Jg. (1947), 1. Halbbd., S. 243–246. Das im März 1947 über den Berliner Rundfunk gesendete Gespräch läßt trotz der immer wieder betonten Gemeinsamkeit keinen Zweifel an der Unterschiedlichkeit beider Standpunkte. Während der Schriftsteller Birkenfeld einen gesunden Ausgleich zwischen „der deutschen Ideengeschichte und . . . der europäischen Geistesgeschichte“ fordert, um zu einem neuen Geschichtsbild kommen zu können, „das seine höchste Gipfelung finden wird in dem vollkommenen Menschen, wie er in allen Jahrhunderten immer wieder aufgetreten ist, mag er vor Jahrhunderten Franziskus geheißen haben oder Karl Marx oder heute Albert Schweitzer“ (S. 246), läßt Abusch an seinen Ahnen keinerlei Zweifel: „ . . . ich bin auch dieser Meinung über die Notwendigkeit eines objektiven Geschichtsbildes, und fühle mich dabei eins mit Karl Marx und Friedrich Engels und auch mit einem anderen Mann, der als einer der größten dialektischen Materialisten gilt: Lenin . . . Jede echte Wissenschaft dient doch im Grunde dem wissenschaftlichen Streben zur Objektivität und damit im eigentlichen Sinne dem wissenschaftlichen Streben zu einem neuen Geschichtsbild der Humanität. Und in diesem Sinne . . . glaube ich, daß wir alle darin übereinstimmen, daß wir ein humanistisches, ein objektives Geschichtsbild unserem Volke gemeinsam erarbeiten wollen, damit die große demokratische Wandlung in unserem Volk, die wir erstreben, sich schneller vollzieht“ (S. 246).

<sup>107</sup> Hier sei exemplarisch auf die Vorgänge an der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität hingewiesen, die zur Gründung der Freien Universität Berlin führten. Im übrigen hierzu: Müller, a. a. O., S. 123ff.; Horst Duhnke, *Stalinismus in Deutschland. Die Geschichte der sowjetischen Besatzungszone*, Köln 1955, S. 344ff.; Timm, a. a. O., S. 12ff. Für die innerpolitischen Vorgänge in der SBZ der Jahre 1945 bis 1949 liegt jetzt in sowjetmarxistischer Interpretation eine Dissertation von Stefan Doernberg gedruckt vor: *Die Geburt eines neuen Deutschland 1945–1949. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR*, Berlin[-Ost] 1959, insbes. S. 424ff.

<sup>108</sup> Hier sind zu nennen: Verhaftungen, insbesondere unter der Studentenschaft (vgl.



durch Kriegsnachwirkungen und Flucht ohnehin angegriffene Substanz der „bürgerlichen“ Fachrichtung weiter, so daß sich die Voraussetzungen für die Durchsetzung eines vorläufig noch auf sowjetischen Darstellungen und Übersetzungen marxistischer Klassiker gegründeten „sowjetdeutschen“ Geschichtsbildes verbesserten<sup>109</sup>, obwohl sich eine originell-marxistische Geschichtsforschung noch im Stadium des Experimentierens befand<sup>110</sup>.

Nachdem der Erste Kulturtag der SED im Banne der „Ždanovščina“ weitere Wegmarkierungen gesetzt hatte<sup>111</sup>, fiel der Stalinismus mit seiner ganzen Wucht auf die mitteldeutschen Universitäten herab und begann auch die Geschichts-

Müller, a. a. O., S. 103 ff., Duhnke, a. a. O., S. 351 f.), Institutionalisierung von sog. Hochschulgruppen der politischen Parteien und Massenorganisationen, wobei durch die „Blockpolitik“ den „bürgerlichen“ Gruppen der CDU und LDP jede Selbständigkeit genommen wurde (Müller, a. a. O., S. 109 ff.), und die Einbeziehung der mitteldeutschen Hochschulen in den am 30. Juni 1948 vom Parteivorstand der SED beschlossenen Zweijahrplan (Müller, a. a. O., S. 127). Zu letzterem vgl. vor allem: Maßnahmen zur Durchführung der kulturellen Aufgaben im Rahmen des Zweijahrplans (Entschliebung der I. Parteikonferenz vom 25. bis 28. Jan. 1949), in: Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Berlin[-Ost] 1950, Bd. II, S. 190 f. Über die Methoden der kommunistischen Behörden bei der Auseinandersetzung mit „bürgerlichen“ Dozenten berichtet eindrucksvoll aus eigenem Erleben Herbert Prauß, doch es war nicht die Wahrheit. Tatsachenbericht zur geistigen Auseinandersetzung unserer Zeit, Berlin 1960, S. 57 ff.

<sup>109</sup> Zu gleicher Zeit setzte eine Aktivierung der Diskussion um den Geschichtsunterricht an den allgemeinbildenden Schulen ein (vgl. O. Jenssen, *Geschichtsunterricht und politisches Bewußtsein*, in: *Einheit*, 3. Jg. (1948), S. 1110–1111), die sich u. a. in der Herausgabe der ersten historischen Zeitschrift „Geschichte in der Schule“ (1. Jg./1948) bemerkbar machte.

<sup>110</sup> Versuche der „bürgerlichen“ Opposition, dem Einfluß des Marxismus und der SED im Schul- und Hochschulbetrieb entgegenzuwirken, brachten wohl einige „Höhepunkte der ideologischen Auseinandersetzung“, blieben aber zum Scheitern verurteilt. Beispielfhaft sei an die sogenannte „Mehring-Diskussion“ 1948/49 erinnert. Sie nahm ihren Ausgang im November 1948 von einer durch die CDU-Fraktion des Thüringer Landtages entfachten „Debatte über das Buch Franz Mehrings ‚Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters‘, mit dem Ziel, es als Lehrbuch für den Geschichtsunterricht für ungeeignet erklären zu lassen“. Der CDU-Abgeordnete Mebus hatte es sogar gewagt, zu behaupten, „man komme sich wie in einem Lachkabinett vor, wenn man Mehring lese“. Die Diskussion, die sich an der Mehring-schen Luther-Darstellung entzündete, wurde im Januar 1949 auf Betreiben der SED-Parteiorganisation der Universität in Jena weitergeführt. Vgl. hierzu *Geschichte der Universität Jena*, a. a. O., S. 718 f.

<sup>111</sup> Anton Ackermann erklärte in seinem Vortrag über „Marxistische Kulturpolitik“ u. a.: „... Die gesellschaftliche Theorie des Marxismus-Leninismus ist das Abbild der historischen Wirklichkeit im Bewußtsein des Menschen; sie ist die anerkannte Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung, die bewußt gewordene historische Notwendigkeit. Sie ist die Verallgemeinerung der welthistorischen Erfahrungen, insbesondere der Erfahrungen des Kampfes der internationalen Arbeiterbewegung. Die Ziele, für die wir kämpfen, sind durch die geschichtliche Entwicklung möglich und notwendig gewordene Ziele. Die neue Ordnung, die die Arbeiterklasse im Bunde mit allen Werktätigen errichten wird, ist unumgängliche, objektive Notwendigkeit geworden. Die Arbeiterklasse, mit der marxistischen Partei an der Spitze, ist die Kraft, die den Sinn und das Gesetz der Geschichte zu vollstrecken hat...“ (Protokoll ... des Ersten Kulturtages der SED, a. a. O., S. 173 f.).

institute zu okkupieren. Nunmehr vermochte der Strafrechtler und zeitweilige Dekan der „Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät“ der Universität Leipzig, Arthur Baumgarten, die „bürgerliche sogenannte Geschichtswissenschaft“ als „Materialsammlung . . . von erheblichem Wert“ zu disqualifizieren<sup>112</sup>, ihr jeden Wert an sich abzuspochen: „. . . sie selbst ist nicht Geschichtswissenschaft“<sup>113</sup>. Diese von der „Parteilichkeit für den Fortschritt“ gestützte Überheblichkeit blieb für einige Zeit vorherrschend<sup>114</sup>. Der sich langsam vollziehende Wachwechsel in den historischen Instituten, die Ablösung „bürgerlicher“ durch sowjetmarxistische Kräfte, mußte durch die Gründung der sogenannten DDR neuen Auftrieb erhalten. Ein sofortiger Aufschwung blieb aber, trotz jahrelangen Experimentierens auch in den Instituten der SED, zunächst aus. Der eines jeden geschichtlichen Bewußtseins bare Staat mußte weiterhin vor allem durch sowjetische Zuleitungen gespeist werden<sup>115</sup>. Der bisher einzige Versuch, die „Neue Geschichtswissenschaft“ zum Gegenstand einer selbständigen Darstellung zu machen<sup>116</sup>, scheiterte gar. Das Buch

<sup>112</sup> Arthur Baumgarten, Die Begründung der Geschichtswissenschaft, in: Forum, 2. Jg. (1948), S. 184.

<sup>113</sup> Nach Baumgarten (a. a. O., S. 184f.) ist die „bürgerliche“ Forschungswissenschaft „nur insoweit, als sie, was sie in ziemlich reichlichem Maß zu tun pflegt, bei dem historischen Materialismus von Marx und Engels Anleihen macht; denn nur auf diesem Weg kann sie die grundlegende Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Vorgänge sichtbar werden lassen. Im übrigen ist sie Geschichtsschreibung, nicht Geschichtswissenschaft. Das Eigenartige an der Lage der bürgerlichen Geschichtsschreibung ist dies: Sie möchte gern eine Wissenschaft sein; aber der Wunsch ist beim Verweilen innerhalb der bürgerlichen Gedankenkreise unerfüllbar; solange sie sich nicht dem wissenschaftlichen Sozialismus öffnet, das heißt marxistisch wird, kommt sie . . . nicht über Gesetzeskonzepte hinaus, die zu vage und unkontrollierbar sind, um wissenschaftlichen Charakter in Anspruch nehmen zu können“.

<sup>114</sup> Die aus der bloßen Negation der „bürgerlichen“ Geschichtstradition abgeleitete Daseinsberechtigung erwies sich als wenig fruchtbar. Erst 1952 steckte Leo Stern den Rahmen für die Aufgaben der sowjetmarxistischen deutschen Historiker neu ab: Gegenwartsaufgaben der deutschen Geschichtsforschung, Berlin[-Ost] 1952. St. trat damit erstmals nach seiner 1950 erfolgten Berufung an die Universität Halle als Professor mit Lehrstuhl für „Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterbewegung“ nachhaltig in Erscheinung. Seine akademische Laufbahn hatte er, nach der Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg als Mitglied der kommunistischen „Internationalen Brigaden“, in der sowjetischen Emigration begonnen: Von 1939 bis 1941 ist seine Tätigkeit als Lektor für deutsche Geschichte an der Fakultät für deutsche Sprache der Staatlichen Pädagogischen Hochschule für Fremdsprachen in Moskau belegt. Danach bewies er seine „tiefe Treue und Liebe zum ersten Arbeiter- und Bauernstaat der Welt und zur Sache der Arbeiterklasse . . . durch . . . aktive Teilnahme am Großen Vaterländischen Krieg gegen die Hitler-Barbarei . . .“ („Neues Deutschland“, Ausgabe A, Nr. 86 v. 27. März 1961, S. 2). Als Oberst kam er mit der sowjetischen Besatzungsmacht nach Wien. Dort leitete er am 1945/46 gegründeten „Institut für Wissenschaft und Kunst“ eine sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Abteilung, außerdem war er Leiter einer Kommission, die im Haus-, Hof- und Staatsarchiv auf Osteuropafragen bezogene Akten durcharbeitete.

<sup>115</sup> Vgl. Timm, a. a. O., S. 15 f.

<sup>116</sup> Walther Eckermann, Neue Geschichtswissenschaft. Eine Einführung in ihr Studium, Rudolstadt o. J. [1950]. Das Manuskript des Werkes wurde 1948 fertiggestellt, 1949 jedoch nochmals überarbeitet. Vgl. Timm, a. a. O., S. 19.

Walther Eckermanns — von Alfred Meusel des „vulgären ‚Marxismus‘, der sein Widerspiel in einem keineswegs vulgären Historismus findet“<sup>117</sup>, beschuldigt — mußte zurückgezogen werden.

Wohin der weitere Weg der sowjetdeutschen Geschichtsforschung führen sollte, offenbarte Heinz Kamnitzer, der ob seiner wenig selbständigen Dokumentation zum deutschen Bauernkrieg unrühmlich bekannt gewordene Ost-Berliner Historiker<sup>118</sup>. Mit einer Abhandlung über „Zweijahrplan und Geisteswissenschaften“<sup>119</sup> deutete er an, daß der Zeitpunkt der Indienststellung einer sowjetdeutschen Geschichtswissenschaft für das staatliche Selbstbewußtsein einer „DDR“ nicht mehr fern sei. Mit dem Zweijahrplan als „realistischem Grundriß“ galt es, „den Menschen von seiner Mutlosigkeit zu befreien und ihm zum erstenmal in der deutschen Geschichte historisches und individuelles Selbstvertrauen zu geben . . .“<sup>120</sup>.

Natürlich fragten die „müden Blicke“ und „zerfurchten Gesichter“ seiner Mitmenschen den Historiker: „Woher sind wir eigentlich gekommen, warum stehen wir heute zwischen Ruinen, gibt es einen Weg aus der Dunkelheit und der Verwirrung?“<sup>121</sup>. Ob aber der von Kamnitzer gewiesene Weg marxistisch-leninistischer Einseitigkeit zu einer befriedigenden Beantwortung dieser Fragen führen würde, mochte nicht nur von den „bürgerlichen“ Wissenschaftlern bezweifelt werden. Die von ihm der Geschichtswissenschaft zugewiesenen Aufgaben ähnelten zu fatal jenen „Lieblingsthesen“ vor deren ausschließlicher Bearbeitung Walter Markov schon 1947 eindringlich zu warnen wußte<sup>122</sup>, und jener bereits von Niekisch und Abusch gezeichneten „Lebenslinie der Deutschen“. Zu deutlich wurde die Absicht erkennbar, „die deutschen Katheder zu Katapulten marxistisch-leninistischer Ideologie“<sup>123</sup> zu verwandeln. So steckte Kamnitzer bereits den Rahmen für eine Geschichtswissenschaft ab, die bedingungslos in den Dienst eines auf deutschem

<sup>117</sup> Alfred Meusel, „Neue Geschichtswissenschaft“, in: *Aufbau*, 6. Jg. (1950), S. 657. M. unterzog das Buch von seinem Standpunkt aus einer vernichtenden Kritik und empfahl, der Autor möge sich erst einmal „eine viel größere Vertrautheit mit dem historischen Materialismus . . . erwerben“.

<sup>118</sup> Vgl. *Historische Zeitschrift* 177 (1954), S. 543 ff.; *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht*, 5. Jg. (1954), S. 623 ff.

<sup>119</sup> Heinz Kamnitzer, *Zweijahrplan und Geisteswissenschaften*, in: *Forum*, 3. Jg. (1949), S. 4–10. K. gehörte zur „antifaschistischen“ deutschen Emigration in London, betätigte sich dort als Journalist und war Mitglied der „Free German League of Culture in Great Britain“. 1946 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Schüler Alfred Meusels und promovierte 1951 mit einer Arbeit über „Die wirtschaftliche Struktur Deutschlands zur Zeit der Revolution 1848“ in Berlin. Bereits 1950 hatte er einen Lehrauftrag für Geschichte an der Ost-Berliner Universität erhalten. 1953 gehörte er zu den Mitherausgebern der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“, schied jedoch 1955 aus der Lehrtätigkeit aus und widmet sich seither publizistischer Tätigkeit. Vgl. Timm, a. a. O., S. 19.

<sup>120</sup> Kamnitzer, a. a. O., S. 4.

<sup>121</sup> Ebd., S. 5.

<sup>122</sup> Markov, *Historia docet?*, a. a. O., S. 129.

<sup>123</sup> In *Abwandlung einer Wendung* Jürgen Kuczynskis: Heinrich von Treitschke und der Reichsverband der deutschen Industrie, in: *Aufbau*, 2. Jg. (1946), S. 953.

Boden zu gründenden kommunistischen Staatsgebildes zu treten hatte, wenn es in seinen Ausführungen heißt:

„... Wir benötigen dringend eine kritische Geschichte des deutschen Partikularismus, nicht zuletzt seiner preußischen Version. Wir brauchen dringend wissenschaftliche Arbeiten über die Kontroverse zwischen Martin Luther und Thomas Münzer im deutschen Bauernkrieg, wie überhaupt eine fachliche, breit angelegte Forschung über diesen Schnittpunkt unserer Geschichte. Wir brauchen dringend Untersuchungen über den verhängnisvollen Dualismus ‚Macht ohne Geist – Geist ohne Macht‘, über das Nebeneinander von Potsdam und Weimar. Wir benötigen wissenschaftliche Arbeiten über das historische Wesen des Staates, der Freiheit, der Demokratie, der Nation usw. Wir brauchen ein neues Geschichtswerk über die politische Entwicklung Deutschlands seit Beginn des 19. Jahrhunderts, wir brauchen eine politische Geschichte des deutschen Imperialismus und der deutschen Arbeiterbewegung. Bis heute gibt es noch keine Facharbeit über die erste deutsche Republik, auch nur auf einem Teilgebiet, geschweige denn eine große sachkundige Forschungsarbeit über den unseligen Abschnitt 1933 bis 1945 ...“<sup>124</sup>.

Kamnitzers Artikel ließ keinen Zweifel daran, daß der mühsam von den braunen Bakterien gereinigte Nährboden der Geschichte neu infiziert werden sollte, um „im Prozeß der Praxis eine Geschichtsauffassung unter Beweis [zu] stellen, die im Volke den Hammer der Geschichte begreift“. Für die deutsche Fachwissenschaft „bürgerlicher“ Prägung, der für die Zeit „vor 1933“ der absurde Vorwurf widerfährt, keine Arbeiten geliefert zu haben, „die damals die kommende Katastrophe auch nur ahnen ließen“, kündigte sich der Schwanengesang für ein weiteres Wirken an den mitteldeutschen Hochschulen an. Der Marxist aber war aufgerufen, „wichtige Auskunft und wertvolle Lehren“ aus der „Leidens- und Kampfgeschichte“ des deutschen Volkes zu ziehen: Er hatte „das geschichtliche ... Verständnis an sein Volk zu vermitteln, die Ursachen seiner Knechtschaft und die Wege zu seiner Befreiung aufzuweisen, den Arbeitenden in Feld und Fabrik, die das gebeugte Rückgrat des Volkes verkörpern, die moralische Kraft zu geben, der Nation und der Demokratie zum ersten Male in der deutschen Geschichte ihre festen Grundlagen zu schaffen“<sup>125</sup>.

Während es nunmehr den Sowjetmarxisten darum gehen mußte, die Geschichte als „Vermittlung zum Sehen und Begreifen, damit man richtig gehe und handle“<sup>126</sup>, planmäßig zu durchforsten, begab man sich innerhalb der ideologischen Hürden des Marxismus-Leninismus der Möglichkeit, jener von Markov geforderten Erschließung der „ganzen Weite universeller Bezogenheiten“ gerecht zu werden<sup>127</sup>. Im Gegenteil – der Sowjetmarxist Kamnitzer schickte sich an, die Konturen jener Schablone abzustecken, nach denen die Tatsachen der deutschen Geschichte zurechtgeschneidert werden sollten<sup>128</sup>. Mitteldeutschland war damit in eine „ge-

<sup>124</sup> Kamnitzer, a. a. O., S. 5.

<sup>125</sup> Ebd., S. 4ff.

<sup>126</sup> Ernst Bloch, Universität, Marxismus, Philosophie, in: Ost und West, 5. Jg. (1949), H. 11, S. 65.

<sup>127</sup> Vgl. Markov, a. a. O., S. 129.

<sup>128</sup> Vgl. hierzu den so gern als historische Autorität zitierten Friedrich Engels in einem

schichtsideologische Revolution größten Ausmaßes, die unsere überkommenen historischen Vorstellungen und den abendländischen Geschichtsraum unmittelbar berührt“, einbezogen. Erst in diesem Rahmen erfuhr eine sowjetmarxistische Geschichtswissenschaft auf deutschem Boden jene organisatorische Festigung, deren sie zur Erfüllung der nunmehr auf sie zukommenden Aufgaben bedurfte. Es galt, das Geschichtsbild „von einer neu erreichten Stufe der Entwicklung auf dem Wege zur menscheitsumspannenden klassenlosen Gesellschaft“<sup>129</sup> zu überprüfen und richtigzustellen. Wenn von der Einflußnahme einer sowjetisierten historischen Wissenschaft auf die erstrebte „Revolution des Bewußtseins“ in Mitteldeutschland zu sprechen ist, so wird man, abseits aller Diskussionen über Erfolg oder Mißerfolg dieser Bestrebungen, den Zeitpunkt eines forcierten Beginnens mit dem Einsetzen kommunistischer Staatlichkeit anzumerken haben: Geschichte und Geschichtswissenschaft hatten fortan in den Dienst der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik und ihrer Staatspartei zu treten.

Brief an Paul Ernst vom 5. Juni 1890, in: Karl Marx/Friedrich Engels, *Ausgewählte Briefe*, Berlin[-Ost] 1955, S. 498: „Was Ihren Versuch, die Sache materialistisch zu behandeln, angeht, so muß ich vor allem sagen, daß die materialistische Methode in ihr Gegenteil umschlägt, wenn sie nicht als Leitfaden beim historischen Studium behandelt wird, sondern als fertige Schablone, wonach man sich die historischen Tatsachen zurechtschneidert.“

<sup>129</sup> Ludat, *Das sowjetische Geschichtsbild Polens*, a. a. O., S. 372.